Morgenausgabe

Nr. 148 / A 75 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3.25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf. Zeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5.65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4.65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 30. März 1932

Groß-Berlin **10** Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 50 Pf. Reklamezeile 3.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 35 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/68.

Räuberunwesen um Kreiensen.

Immer noch Bürgerkriegsspielerei der Nazis.

Hannover, 29. März. (Eigenbericht.)

Die SA-Kaserne in Kreiensen entwickelt sich immer mehr zu einer Gefahr für die umliegenden preußischen Kreise. Mit großer Genugtuung ist es daher im Süden der Provinz begrüßt worden, daß auf Veranlassung des preußischen Innenministers ein Kommando der Schutzpolizei aus Hannover nach Einbeck gelegt worden ist.

Wie notwendig das war, zeigte sich in der Nacht vom ersten zum zweiten Ostertag, als die Ortschaft Ahlshausen-Sieversshausen im braunschweigischen Kreise Gandersheim der Schauplatz wüstesten Naziterrors wurde. An diesem Abend fand in der Ortschaft Ahlshausen ein öffentliches Tanzvergnügen statt. Zwei junge Republikaner wurden gegen 1 Uhr nachts von anwesenden Nationalsozialisten belästigt und dann verprügelt, so daß sie in das Verkehrslokal der Arbeiterschaft flüchten mußten. Inzwischen hatten die Nationalsozialisten aus Kreiensen das berüchtigte Ueberfallkommando der Nazis alarmiert, das in kurzer Zeit erschien und die Wirtschaft Pralle, wohin die beiden Republikaner geflüchtet waren, überfiel. In kurzer Zeit waren sämtliche Fenster des Lokals entzweigeschlagen. Die Nazis stürmten dann das Lokal mit etwa 40 bis 50 Mann, fielen über die anwesenden Männer und Frauen her und verfolgten sie teilweise bis unter das Dach. In dem Lokal selbst wurde alles kurz und klein geschlagen. Der alarmierte Gemeindevorsteher forderte die Nationalsozialisten auf, seine Gemeinde zu verlassen, blieb jedoch ohne Erfolg. Schließlich wurde auch er tätlich bedroht. Einem jungen Mann aus Ahlshausen wurde während des Ueberfalls ein Unterarm abgeschlagen. Zahlreiche Einwohner erlitten ebenfalls schwere Verletzungen und befinden sich in ärztlicher Behandlung. Der Führer des nationalsozialistischen Ueberfallkommandos liegt zur Zeit noch besinnungslos in Ahlshausen.

Es wird höchste Zeit, daß Herr Groener diesem Räuberunwesen um Kreiensen endlich ein Ende macht. Die Bewohner der umliegenden preußischen Ortschaften sind über den Terror und die Zustände derart erregt, daß es nur eines kleinen Funkens bedarf, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen.

Das Neueste aus Klaggestan.

Volksparteilicher Protest gegen die Aufhebung der weltlichen Schulen.

Die „Kölnische Zeitung" nimmt zu Klagges' Vorgehen folgendermaßen Stellung:

„Minister Klagges stützt sich bei seinem Vorgehen auf ein schulrätliches Gutachten, das die Zustände an den weltlichen Schulen Braunschweigs als „geradezu verheerend" bezeichnet. Wir denken nicht daran, einem Volksbildungsminister das Recht auf durchgreifende Maßnahmen streitig zu machen, wenn an einer Schule sich Zustände herausgebildet haben, die den Bildungsstand der Schüler ernstlich gefährden. Im Gegenteil: in solchen Fällen kann nicht schnell und scharf genug durchgegriffen werden. Wenn es nun wirklich um den Bildungsstand an den braunschweigischen weltlichen Schulen so schlecht bestellt wäre, wie das Gutachten sagt, dann müßte aber Minister Klagges ganz anders vorgehen; er müßte in den einzelnen Klassen und Schulen nach dem Rechten sehen lassen, gegen Lehrer und Schulleiter, die den Anforderungen nicht genügt haben, disziplinarisch vorgehen und schließlich, was das Allerwichtigste ist, die Kinder selbst wieder einem geordneten Schulbetrieb zuführen. Statt dessen hat Minister Klagges einen sich über sieben Jahre erstreckenden Abbau verfügt, er will also beispielsweise die Kinder dieser Schulen, die jetzt in das zweite Schuljahr treten, noch sieben Jahre in dem „geradezu verheerenden" Zustand belassen. Entweder ist, muß man sich da fragen, Minister Klagges ein schlechter Schulmann, weil er die wirklich notwendigen Maßnahmen nicht ergreift, oder es ging ihm in Wirklichkeit um eine politische Aktion, der er nach außen hin ein pädagogisches Mäntelchen umgehängt hat. Eine dritte Erklärung gibt es nicht. Zugunsten des Schulmanns Klagges nehmen wir an, daß bei dem Vorgehen gegen die weltlichen Schulen der Parteimann dem Schulmann ins Handwerk gepfuscht hat.

Die „Kölnische Zeitung" kann ihrer ganzen kulturpolitischen Einstellung nach nicht in den Verdacht geraten, Befürworterin der weltlichen Schule zu sein; die weltliche Schule ist, das sei ausdrücklich betont, nicht unser Schulideal. Wenn wir trotzdem der Maßnahme des braunschweigischen Volksbildungsministers keinen Geschmack abgewinnen können, so geht das auf ganz bestimmte schulpolitische und allgemeinpolitische Erwägungen zurück. Wir lassen dabei die Frage unberücksichtigt, ob die Errichtung von sogenannten Sammelklassen in den Ländern nicht bereits Einiges von der im Artikel 146 der Reichsverfassung geforderten reichsgesetzlichen Regelung der Schulfrage vorwegnimmt. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß nach dem zweiten Absatz dieses Artikels auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung unter gewissen, dort näher bezeichneten Voraussetzungen errichtet werden können.

Diese Bestimmung konnte auch der der Deutschen Volkspartei angehörende derzeitige braunschweigische Volksbildungsminister Marquordt für sich in Anspruch nehmen, als er seinerzeit die weltlichen Schulen einrichtete mit dem Ziel, im Schulwesen Ruhe und Frieden zu schaffen. Die jetzige Maßnahme des Ministers Klagges ist, fürchten wir, nur geeignet, von neuem Unruhe und Unfrieden zu schaffen, in einer Zeit zudem, die sich zu allen innerpolitischen Kämpfen nicht auch noch einen neuen Schulkampf leisten kann."

Donau-Intrigen.

Wer rettet wen? — Wer konferiert mit wem?

Paris, 29. März. (Eigenbericht.)

Tardieu hatte am Dienstagvormittag eine Unterredung mit dem englischen Botschafter, die sich auf die Einladung Macdonalds bezog. Nach dieser Unterredung wurde offiziell bekanntgegeben, daß Tardieu und wahrscheinlich auch Finanzminister Flandin sich Ende dieser Woche nach London begeben werden, um sich mit Macdonald und Sir John Simon über die schwebenden politischen Fragen zu unterhalten. Die Abreise sollte am Freitagabend oder Sonnabend früh erfolgen. Zugleich wird halbamtlich mitgeteilt, daß demnächst eine Konferenz der vier Großmächte England, Frankreich, Deutschland und Italien zur Prüfung des Plans über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donauländer zusammentreten werde. Der Ort und das Datum dieser Konferenz sei noch nicht bekannt.

Als der Reichskanzler Brüning den Parteien den Vorschlag machte, sie sollten durch Reichstagsbeschluß die Amtsperiode des Reichspräsidenten verlängern, ließ er sich zweifellos von einem nationalen Gesichtspunkt leiten. In einer Zeit, in der eine starke außenpolitische Aktivität notwendig war, sollten die Kräfte nicht in innerpolitischem Streit verzettelt werden. Die Parteien, die jenen Vorschlag ablehnten, Deutschnationale und Nationalsozialisten, haben zweifellos antinational gehandelt. Nachdem ihr Versuch, im Kampfe um die Reichspräsidentschaft die politische Macht zu gewinnen, gescheitert ist, bleibt — von jedem Standpunkt aus gesehen — von ihrer ganzen Betriebsamkeit keine andere Wirkung übrig als eine empfindliche Schädigung der deutschen Außenpolitik.

In Frankreich haben sich die Dinge inzwischen in anderer Richtung entwickelt: dort hat der Ministerpräsident Tardieu die Außenpolitik offenkundig in den Dienst seiner Wahlpropaganda gestellt. So ergibt sich auf der einen Seite, der französischen, eine etwas verkrampfte und auf den sichtbaren Effekt eingestellte außenpolitische Ueberaktivität, auf der anderen, der deutschen, eine außenpolitische Lähmung.

Die Probleme, die man unter den Namen „Donauföderation", „Mitteleuropa" usw. zusammenfaßt, finden heute in Deutschland nicht das Interesse, das sie verdienen. Dabei bleibt freilich der Trost, daß diese verhältnismäßige Interesselosigkeit ungefährlich sein möge, da ja doch bei dem ganzen diplomatischen Hin- und Hergezerre schwerlich etwas herauskommen wird.

Die Erörterungen, die jetzt im Gange sind, haben ihren Vorläufer in der Auseinandersetzung über den deutsch-österreichischen Zollunionplan. Dieser gutgemeinte, in seiner Tendenz zu billigende Plan war mit solcher diplomatischer Ungeschicklichkeit in die Wege geleitet worden, daß jeder einigermaßen Kundige sein Scheitern ohne weiteres voraussah. Oesterreich, das sich wieder auf sich selbst und vor das Nichts gestellt sah, erhob am 16. Februar d. J. einen neuen Hilferuf. Der Bundeskanzler Buresch wandte sich an die Vertreter der Großmächte mit der Erklärung, daß Oesterreich zur Besserung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage besondere Maßnahmen ergreifen müsse, für die es Verständnis und Förderung erbitte. Dabei war in erster Linie an eine Aufhebung der Meistbegünstigungen gedacht, durch die eine Drosselung der Einfuhr und eine Hebung der Ausfuhr erreicht werden sollte.

Die deutsche Regierung erklärte am 3. März, daß sie bereit sei, Oesterreich Präferenzzölle zu gewähren unter der Voraussetzung, daß auch die anderen Staaten daran mitwirkten und daß die Oesterreich zu gewährende Vorzugsbehandlung nicht auf Grund der bestehenden Meistbegünstigungsverträge auch von anderen Staaten in Anspruch genommen werde.

Ungefähr zur gleichen Zeit überreichte der französische Ministerpräsident Tardieu der englischen, der deutschen und der italienischen Regierung ein Memorandum, das folgende Vorschläge enthielt:

1. Im Hinblick auf die schwere wirtschaftlich-finanzielle Situation Oesterreichs und Ungarns glaubt die französische Regierung, daß die Großmächte die fünf mitteleuropäischen Staaten auffordern sollten, im Sinne der Empfehlung des Finanzausschusses des Völkerbundes Wege zu einer wirtschaftlichen Annäherung und Zusammenarbeit auf Grund des Präferenzsystems zu suchen, da eine andere Organisation zwischen den fünf mitteleuropäischen Staaten weder möglich noch zweckmäßig ist.

2. Ueber das Vorgehen bei diesen Verhandlungen ist die französische Regierung der Meinung, daß diese Staaten vorerst untereinander über ihre gegenseitige Zusammenarbeit verhandeln sollten, wobei sie im Kontakt mit den Großmächten zu stehen hätten.

3. Sobald sie sich dann untereinander geeinigt haben

Achtet auf die Wählerlisten!

Von morgen ab liegen sie wieder aus!

Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April kann nur wählen, wer in die Stimmliste eingetragen ist. Wer beim ersten Wahlgang sein Stimmrecht ausgeübt und seine Wohnung nicht gewechselt hat, kann damit rechnen, daß er in der Wählerliste eingetragen ist. Anders bei Wählern, die von ihrem Wahlrecht beim ersten Wahlgang keinen Gebrauch gemacht haben oder die seitdem ihre Wohnung gewechselt haben. Wähler, die vor oder während der Auslegungsfrist den Stimmbezirk wechseln, werden in der Stimmliste der bisherigen Wohnung gestrichen. Sie werden von Amts wegen in die Stimmliste ihres neuen Stimmbezirks aufgenommen. Dies geschieht auch nach Ablauf der Auslegungsfrist, wenn der Wähler durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde seines früheren Stimmbezirks nachweist, daß er in der Stimmliste dieses Stimmbezirks wegen Wegzuges gestrichen ist.

Bei der großen Arbeit, die die Berichtigung der Wählerlisten bedeutet, und den zahlreichen Wohnungswechseln aus Anlaß der allgemeinen Umzugszeit sind aber Versehen bei der Berichtigung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler, in welchem Stimmbezirk er in die Wählerliste eingetragen ist, und sorge dafür, daß er am 10. April sein Stimmrecht ausüben kann.

Wähler, die nach Ablauf der Auslegungsfrist ihre Wohnung wechseln, können, wenn sie sich nicht umschreiben lassen, auf Grund eines Stimmscheines wählen, der ihnen von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Stimmbezirks erteilt wird.

Die Auslegungsfrist dauert in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt vom 30. März bis 3. April. In den anderen Ländern ist die Auslegungsfrist auf Sonnabend, den 2. April, und Sonntag, den 3. April, beschränkt.

Geheimdruckereien ausgehoben.

Kommunisten drucken „Polizei-Zeitungen".

Hamburg, 29. März.

Ermittlungen der hamburgischen Polizei im Zusammenwirken mit der Politischen Polizei in Altona führten zur Aufhebung von zwei Druckereien und zur Festnahme mehrerer Personen. In einer der Druckereien wurden illegale kommunistische Druckschriften, darunter eine Polizeibeamtenzeitung und die Zeitschrift „Das Sturmbanner" beschlagnahmt. Einer der beiden Inhaber dieses Betriebes wurde verhaftet. Sein Kompagnon ist flüchtig. Auch in der zweiten Druckerei konnten Exemplare des „Sturmbanners" beschlagnahmt werden. Gleichzeitig mit den Schriften wurden die Maschinen beschlagnahmt.

Die Inhaber der zweiten Druckerei und zwei weitere Personen, die mit der Herstellung illegaler Schriften beauftragt waren, sind in Haft genommen worden.

Die Möglichkeit der Beschlagnahme von Maschinen, die es nach dem geltenden Presserecht nicht gibt, ist durch die letzte Notverordnung ausdrücklich zum Schutz gegen die illegale Literatur eingeführt worden. Sie scheint im Hamburger Falle zum ersten Male angewendet zu werden.

Die staatliche Kaffeezentrale in Brasilien hat 10 000 Sack Kaffee (600 000 Kilogramm) von ihren unverkäuflichen — und als Heizmaterial für Maschinen verwendeten — Beständen der Wiener Regierung als Geschenk angeboten. Mit den Frachtspesen usw. würde sich das Kilogramm in Wien auf 1 Schilling stellen. Man will den Kaffee durch die Winterhilfe für 2,50 Schilling das Kilo abgeben und die 900 000 Schilling Ueberschuß dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Thaler für seine Auswanderungsaktion nach Südamerika zur Verfügung stellen. Gegen diesen Plan erhebt sich starker Protest, teils weil selbst der Preis von 2,50 Schilling für die hungernden Massen zu hoch ist, teils weil diese Thaler-Aktion hier als christlich-sozialer Wahltrick benutzt werden soll.

würden, wäre an Verhandlungen über ein gemeinsames Uebereinkommen mit den Großmächten zu schreiten.

4. Wenn eine Einigung erzielt werden würde, wäre die französische Regierung in Uebereinstimmung mit den übrigen bereit, den mitteleuropäischen Staaten die finanziellen Mittel zu ihrer dauernden Rekonstruktion zu gewähren.

Der Vorschlag Tardieus ist in Deutschland und in Italien vielfach als ein Versuch aufgefaßt worden, eine Donauföderation zu schaffen, die von Frankreich abhängig sei: gewissermaßen ein erweitertes und verbreitertes Oesterreich-Ungarn, das aber nicht mehr Deutschlands, sondern vielmehr Frankreichs Bundesgenosse sein sollte. Italien antwortete schnell ablehnend; es schlug vor, daß die europäischen Großmächte von vornherein gemeinsam mit den Donaustaaten über das Problem beraten sollen. Deutschland schloß sich im Endergebnis dem italienischen Vorschlag an. Sachlich erklärte die deutsche Regierung in einer Note, daß ihr Vorschlag unmittelbar greifbar sei und rasch wirksame Hilfe bringen könnte, während der französische Plan frühestens in einem halben Jahr durchgeführt zu werden vermöchte. Abwegig erscheine der französische Plan der deutschen Regierung auch deswegen, weil für die Agrarüberschüsse der notleidenden Donauländer ein Absatzmarkt nicht eröffnet werden würde, wie es in Deutschland gegeben sei.

Wie sich nun seitdem die Dinge entwickelt haben, sieht es leider nicht so aus, als ob den Donaustaaten auch nur in einem halben Jahr Hilfe gebracht werden solle. Recht hat die deutsche Regierung zweifellos damit, daß die Agrarwirtschaft des Donaubeckens für ihren Absatz den deutschen Markt braucht. In Frankreich aber sieht man bei jeder deutschen Wirtschaftsannäherung an den Südosten die Gespenster des „Anschlusses" oder gar des Naumannschen „Mitteleuropa" auftauchen: die Angst vor einer Erweiterung der machtpolitischen Sphäre Deutschlands ist dort mindestens ebensogroß wie hier das Mißtrauen gegen alle französischen Hegemoniepläne.

Folge dieses Zustandes ist, daß das ganze Problem weniger wirtschaftlich beraten als diplomatisch geschoben wird. So konferiert man zur Zeit miteinander über die Frage, wer mit wem konferieren soll. Erst die fünf Donauländer untereinander und dann die fünf mit den Großmächten? Oder die Donauländer mit den Großmächten gemeinsam? Oder erst die Großmächte miteinander? Oder gar nur Frankreich mit England? Das vorläufig letzte Stadium dieses diplomatischen Hin- und Hergezerres besteht darin, daß nun, wie oben gemeldet, Tardieu und der Finanzminister Flandin zunächst Ende der Woche zu Macdonald nach London kommen sollen, worauf demnächst eine Konferenz der großen Vier, England, Frankreich, Deutschland und Italien, folgen soll.

Bis dahin müssen sich die notleidenden Völker an der Donau gedulden. Vorsichtig erklärt die österreichische Regierung alle Gerüchte, wonach sie beabsichtige, mit Deutschland über Präferenzzölle zu verhandeln, für falsch. Sie will brav abwarten, was bei den Verhandlungen der Großmächte herauskommen wird — etwas anderes bleibt ihr ja auch nicht übrig.

Das ganze Intrigenspiel um die Reihenfolge der Konferenzen ist nur interessant als ein Symptom für die Krankheit Europas. Sie wird nicht geheilt werden, weil die einzige Konferenz, die sie heilen könnte, zur Zeit nicht möglich ist: die deutsch-französische Konferenz, die ein gemeinsames Vorgehen der beiden Hauptmächte des Kontinents in allen europäischen Fragen festlegt. Ohne ein solches gemeinsames Vorgehen wird es, fürchten wir, niemals gelingen, die Schäden wieder gutzumachen, die durch die dilettantischen Friedensverträge angerichtet worden sind. Ohne eine vorausgegangene deutsch-französische Verständigung wird es für die Donauländer kaum etwas anderes geben als diplomatische Noten, die nicht satt machen, und Konferenzen, bei denen nichts herauskommt.

Brünings Reise unwahrscheinlich.

In den gestrigen späten Abendstunden war die Frage der etwaigen Reise Dr. Brünings nach London noch ungeklärt. An zuständiger Stelle hält man eine solche Reise vor dem 10. April für sehr unwahrscheinlich.

Der Reichskanzler war bereit, und er hatte dies in London wissen lassen, an dem bevorstehenden Wochenende nach London zu kommen, doch scheint eine Konferenz zu diesem frühen Zeitpunkt nicht möglich, weil sich Italiens Außenminister Grandi gegenwärtig auf einer Kreuzfahrt im Mittelmeer befindet und daher bis Ende der Woche in London kaum eintreffen könnte.

Ein späteres Erscheinen Dr. Brünings in London, d. h. während der Mitte der kommenden Wochen, ist aus innerpolitischen Gründen so gut wie ausgeschlossen. Der Kanzler hätte auf einen Teil der angekündigten Wahlversammlungen verzichten können, aber während der ganzen entscheidenden Wochen vor dem Wahltag Deutschland fernzubleiben, ist natürlich für den Leiter der Reichsregierung unmöglich.

Uebrigens hat Tardieu bereits erklären lassen, daß auch er sich nur zu einem kurzen Aufenthalt an diesem Wochenend nach London begeben würde. Sollte die geplante Konferenz im späteren Verlauf der Woche stattfinden, dann würde er sich durch Finanzminister Flandin vertreten lassen. Damit würde die Besprechung ihren von Macdonald geplanten Charakter als Konferenz der Ministerpräsidenten ohnedies verlieren.

Aus allen diesen Gründen ist, obwohl eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen ist, mit einer Reise des Kanzlers nach London einstweilen nicht zu rechnen.

„Daily Herald" gegen Tardieu.

London, 29. März. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald" berichtet heute interessante Enthüllungen über die interne Geschichte des Tardieuschen Donauprojekts und den bevorstehenden Londoner Besuch des französischen Ministerpräsidenten. Die erste Initiative zu diesem Plan soll auf englischer Seite gelegen haben. Was der „Daily Herald" mitzuteilen hat, klärt das Dunkel, das über die Urheberschaft bestand, einigermaßen auf. Sir John Simon erhielt zufälligerweise in Genf das Memorandum eines jungen Geschäftsmannes, das eine zentraleuropäische Zollunion als Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorschlug. Der englische Außenminister war von diesem Memorandum so beeindruckt, daß er es an Tardieu sandte, mit der Bitte, um eine Meinungsäußerung.

Tardieu sah sofort, daß der Plan in den Gedanken Frankreichs vom letzten Jahre umgebogen werden könnte, den Frankreich als

Gegenzug auf das deutsch-österreichische Zollprojekt

entworfen hatte. Aus dem europäischen Zollpakt wurde in französischer Bearbeitung eine Donauföderation, und so würde Oesterreich wirtschaftlich von Deutschland getrennt werden können. Dieses Hauptziel der französischen Politik würde so unter dem Deckmantel, daß man den Donaustaaten helfen wolle, erreicht werden. Darüber hinaus wäre eine Möglichkeit zur Intensivierung der englisch-französischen Zusammenarbeit gegeben. Man hätte England endlich wieder in eine Entente einbezogen.

Da die Anregung von dem englischen Außenminister ausgegangen war, konnte Tardieu von seinem Plan von Anfang an behaupten, daß er die englische Unterstützung habe. Als Simon in Paris mit Tardieu konferierte, wußte die inspirierte französische Presse von neuem von englisch-französischer Zusammenarbeit zu berichten. Nach Simons Rückkehr unterstützte das englische Auswärtige Amt, das nicht in eine gegen Deutschland und Italien gerichtete Koalition einbezogen werden wollte, als Gegenzug den Gedanken einer Viermächtekonferenz. So lange es hieß, daß Brüning nicht zu der Londoner Konferenz kommen könnte, wollte Tardieu der Londoner Einladung zur Viermächtekonferenz zusagen. Als aber bekannt wurde, so heißt es weiter im „Daily Herald", daß Brüning gerade für einen Sonnabend und Sonntag nach London kommen könnte, änderte Tardieu seinen Plan und sagte sich zu dem vorangehenden Wochenende an. So hat er also doch seinen Wunsch einer englisch-französischen Separatkonferenz verwirklicht.

Tardieu nur halb willkommen.

London, 29. März. (Eigenbericht.)

Der Besuch Tardieus in London, der der Viermächtekonferenz vorausgehen soll, und an dem Finanzminister Flandin teilnimmt, ist nunmehr auf das bevorstehende Wochenende festgesetzt worden. Die englische Regierung befindet sich dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber in der Lage eines Gastgebers, dem ein Besucher seine Ankunft angesagt hat. England kann diesen Besuch nicht absagen, ohne der Person des Besuchers eine brüske Grobheit zuzufügen. Gewünscht hat die englische Regierung dieses Zusammentreffen nicht. Man darf deshalb darauf vertrauen, daß die englische Regierung an ihrer politischen Linie auch durch die Beredsamkeit des französischen Ministerpräsidenten nicht rütteln lassen wird.

Warum Thälmann?

Aus Angst, die eigenen Anhänger an Hitler zu verlieren!

Die Aufforderung der KPD. an ihre Anhänger, auch im zweiten Wahlgang für Thälmann zu stimmen, scheint auf den ersten Blick völlig sinnlos. Vor dem 13. März sagte die KPD., sie wolle ihre Stimmen zählen. Das hat sie nun getan, das kann sie am 24. April wieder tun. Wer erklärt, warum zwischendurch am 10. April noch einmal „gezählt" werden muß?!

Dafür gibt es nur eine Erklärung: Die KPD.-Zentrale will am 10. April ihre Wähler noch einmal an die Thälmann-Parole binden aus Angst, daß sie sonst zu Hitler überlaufen würden. Das Berliner kommunistische Abendblatt gibt dieser Angst offen Ausdruck, indem es einen Brief eines Arbeitslosen abdruckt, worin es heißt:

Wir, die wir schon jetzt nichts mehr zu verlieren haben, **fürchten uns nicht, wenn die NSDAP. an die Macht käme,** vielmehr dürfte sich bald herausstellen, daß Hitler nicht in der Lage ist, sein Programm zu erfüllen, und es wäre dadurch den Kommunisten möglich, das erhoffte Ziel zu erlangen. **In diesem Sinne ist der Vorschlag gemacht worden, für Hitler zu stimmen . . .**

Uns ist bekannt, daß solche Stimmungen in kommunistischen Wählerkreisen stark verbreitet sind und daß auf den Stempelstellen lebhaft in ihrem Sinne gearbeitet wird. Sie sind weiter nichts als die natürliche Folge der kommunistischen Propaganda, die den Arbeitern immer vorgeschwindelt hat, es gebe keine faschistische Gefahr. Hauptgegner sei die Sozialdemokratie, Hauptgefahr sei Severing, und Brüning sei genau so schlimm wie Hitler.

Jetzt wird den Kommunisten selber Angst vor den Folgen ihres Tuns, jetzt schreibt das genannte Blatt folgendes:

Gewiß, die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Heißt dies aber, daß sie deswegen die Nazis an die Macht kommen lassen wollen, damit erst recht ihre Ketten fester geschlossen werden und sie, an Armen und Füßen gefesselt, in einem Arbeitszuchthaus ihr Leben verbringen?

Das wäre Wahnsinn, das wäre Klassenselbstmord.

Solcher Klassenselbstmord kann dem Gegner nur recht sein.

Das ist die schärfste Verurteilung der kommunistischen Taktik beim ersten Wahlgang und die durchschlagendste Rechtfertigung der sozialdemokratischen Haltung, die man sich nur vorstellen kann! Denn indem die KPD. ihren Zählkandidaten Thälmann Hindenburg entgegenstellte, hat sie verbrecherisch leichtfertig mit einem Siege Hitlers gespielt. Ihr Verdienst ist es nicht, wenn sie jetzt zum zweiten Wahlgang ohne großen Schaden ihren Thälmann nochmals herausstellen darf, aber ihre Schuld ist es, daß die Stimmenzahl Hitlers so anschwellen konnte. So wie die SA. zum großen Teil aus davongelaufenen Rotfrontjüngern besteht, so besteht der Anhang Hitlers, soweit er proletarisch ist, aus davongelaufenen kommunistischen Wählern.

Würde die KPD. zum zweiten Wahlgang keinen eigenen Zählkandidaten aufstellen, so würde das Ueberläufertum zur Massenerscheinung werden. Jetzt schreit sie „Wählt Thälmann!" aus Angst, daß sonst Hitler gewählt wird.

Für Arbeiter mit gesundem Hirn heißt es aber erst recht: **Wir wollen nicht das Arbeitszuchthaus — und darum los von der kommunistischen Klassenselbstmordpolitik!**

Geschäftchen gefällig . . .?

Hugenberg möchte die Mittelparteien einfangen.

Während der große Adolf die Reklametrommel für sich rühren läßt, müht sich sein Harzburger Frontgenosse Alfred Hugenberg um ein Ding, das ihm näher liegt, nämlich um ein politisches Geschäftchen.

Er fängt das folgendermaßen an: In einer der Korrespondenzen, die seinem unmittelbaren Einfluß unterstehen, unterbreitet er den bürgerlichen Mittelparteien öffentlich den Plan, sie möchten mit ihm und seiner Partei eine gemeinsame Landesliste für die Preußenwahlen aufstellen. Er wolle auch eine entsprechende Zahl von mittelparteilichen Kandidaten bei sich aufnehmen, wenn sie einige wenige — Bedingungen erfüllen. Im übrigen sei er in diesem historischen Augenblick kein Parteipolitiker. (!) Seine Partei sei soweit, die „noch etwas schwankend" zu ihr Kommenden „einschmelzen" zu können.

Zunächst versichert er den Freunden, um die er wirbt, daß sie bei den Landtagswahlen mit eigenen Kandidaten ja ohnehin einen Durchfall erleben würden. Deshalb sei es für sie sicher zweckmäßiger, wenigstens ihre Reststimmen den Deutschnationalen zuzuführen. Wie gesagt, verlangt er weiter gar nichts — so uneigennützig kann der Verliterer in tausend Schlachten sein! —, als daß die Kandidaten, die er auf Vorschlag seiner Landesliste einverleiben will, sich auf diese „Grundziele" festlegen:

1. Klarer und entschiedener Nationalismus, so wie ihn die DNVP. in diesen Jahren getätigt hat, insbesondere in ihrem Kampfe gegen den Young-Plan, also Unterordnung aller anderen Gesichtspunkte unter den des nationalen Freiheitswillens.

2. Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus, als derjenigen Geisteskrankheit, die neben dem Mangel eines steifen nationalen Lebenswillens in den letzten Jahrzehnten all unser Elend verschuldet hat, also Bekenntnis zum Wiederaufbau auf der Grundlage der Kameradschaft und Vernunft.

3. Demgemäß Bildung eines nationalen antimarxistischen Kabinetts in Preußen und im Reich.

„Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus" — das ist bei den bürgerlichen Parteien doch wohl selbstverständlich?! Aber wie steht das mit dem „Sozialismus" Adolf Hitlers, der doch mit den Hugenbergern harzburg-verwandt ist? Sollte die schroff betonte Absage an diese „Sorte von Sozialismus" etwa das Wesentliche an dem Angebot Hugenbergs sein?

Er möchte sich wahrscheinlich durch die Mittelparteien freimachen lassen von den Fesseln, die der Hitlerismus ihm schon angelegt hat. Ob die sogenannten Mittelparteien allerdings ihm auf den Leim des Geschäftchens kriechen werden, erscheint zweifelhaft.

Kein Fremdenverkehr in Braunschweig!

Auch eine Folge der Nazi-Wirtschaft.

Aus Braunschweig wird uns mitgeteilt: Vor nicht allzu langer Zeit setzte von Braunschweig aus eine starke Propaganda ein, um den Fremdenverkehr zu heben und die deutsche und außerdeutsche Oeffentlichkeit auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt hinzuweisen. In der Tat verdienen es die städtebaulichen Schönheiten Braunschweigs mit ihren vielen historischen Erinnerungen, besichtigt zu werden, aber die Werbetätigkeit wurde zu einem Schlag ins Wasser. Heute klagen z. B. Garagenbesitzer, daß bei ihnen im Verlauf von 14 Tagen kaum ein Wagen untergestellt wurde. In den Hotels erzählt man, daß wohl niemals das Geschäft so schlecht gewesen sei wie in den letzten Monaten. Und ähnlich hört man es überall.

Die Gründe für diesen Zustand sind klar: der Fremde scheut sich, einen Ort zu besuchen, der allzu oft Mittelpunkt radikaler politischer Unruhen ist. Auch das Ostergeschäft war miserabel, und man führt dies auf den Konflikt zwischen dem Reich und Braunschweig zurück, der durch den Versuch des nationalsozialistischen Innenministers Klagges, den Osterfrieden zu brechen, hervorgerufen wurde. Die Rückwirkungen nationalsozialistischer Herrschaft auf den Fremdenverkehr sind nicht erst seit heute und gestern bekannt. Vor neun Jahren, in der Zeit einer Fremdenhochflut, wurde Fahr-Bayern gemieden, das mit Recht als Hauptstützpunkt der unruhestiftenden Hitler-Bewegung galt. Thüringen erlebte unter Frick das gleiche Schicksal.

Braunschweig, das mit gutem Grund das „Nürnberg des Nordens" genannt wird, leidet wirtschaftlich schwer unter der nationalsozialistischen Parteiregierung.

Die Wahl vom 13. März.

Wahlbeteiligung bis zu 91,2 Prozent.

In dem endgültigen Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 13. März, das der Reichswahlleiter jetzt bekanntgab, finden sich auch nähere Angaben über die Wahlbeteiligung. Sie betrug im Reichsdurchschnitt 86,2 Proz. und schwankte innerhalb der 35 Wahlkreise zwischen 80,2 Proz., die im Wahlkreis Oppeln erzielt wurden, und 91,2 Proz., die der Wählerkreis Leipzig erreichte.

Im ganzen sind ebenso wie bei allen Reichstagswahlen der letzten Jahre die mitteldeutschen Bezirke an der Spitze: gleich hinter Leipzig folgte der Wahlkreis Magdeburg mit 91,1 Proz., dann Chemnitz-Zwickau mit 90,5 Proz. Auch Südhannover-Braunschweig und Osthannover haben noch eine mehr als 90prozentige Wahlbeteiligung aufgebracht, und Thüringen, Merseburg, Dresden-Bautzen liegen nur wenig darunter. Mit diesen letzteren stehen auch Franken, Hamburg und Schleswig-Holstein auf einer Linie.

Traditionell schlechte Wähler sind Württemberger und Badener, die auch jetzt mit 80,3 und 80,8 Proz. ebenso wie Niederbayern mit 80,5 Proz. knapp höher als Oppeln abgestimmt haben. Auch Berlin hat mit 84 Proz. unterdurchschnittlich gewählt.

Im Memelgebiet verhaftet wurde der Reichsdeutsche Richard Becker; er soll Spionage getrieben haben.

Der rumänische Pogromistenverband soll auf Ministerratsbeschluß aufgelöst werden.

Groeners faustische Osternacht.

Im Zeichen des Goethe-Jahres beging der Reichsinnenminister die Osternacht mit dem untenstehenden Faustzitat:

O Tod! Ich kenn's — das ist mein Famulus —
Es wird mein schönstes Glück zunichte!

Daß diese Fülle der Gesichte
Der trockne Schleicher stören muß!

Sozialistische Forderungen.

Entschließung des oberschlesischen Bezirksparteitages.

Breslau, 29. März. (Eigenbericht.)

Der Parteitag des oberschlesischen Bezirksverbandes der Sozialdemokratie nahm eine Entschließung an, in der im Rahmen eines großzügigen oberschlesischen Wirtschaftsprogramms u. a. folgende Maßnahmen gefordert werden: planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaft der oberschlesischen Eisenindustrie unter maßgebendem Einfluß von Staat und Reich, weitgehende Förderung der Industriegruppen durch öffentliche Aufträge, Reinigung des Verwaltungsapparates der Industrie, rücksichtslose Entfernung aller ihrer Aufgaben nicht gewachsenen Werksleiter, Ablösung des Privatbesitzes im Kohlenbergbau und Ueberführung der Gruben in die öffentliche Hand, großzügiger Ausbau des gesamten oberschlesischen Verkehrsnetzes und planmäßige Einschaltung der oberschlesischen Landwirtschaft in die gesamte Wirtschaftspolitik Oberschlesiens durch Schaffung einer ausreichenden Ackernahrung für Industriearbeiter, Landzuteilung an Kleinbauern usw.

Außerdem nahm der Bezirksparteitag eine Entschließung an, in der von der Reichsregierung die Schließung sämtlicher Braunen Häuser und das Verbot der SA.- und SS.-Formationen der NSDAP. gefordert wird.

Zentrale Einfuhrregelung?

Die Beratungen des Reichsverbands der deutschen Industrie.

Der Präsidial- und Vorstandsbeirat für allgemeine Wirtschaftspolitik beim Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich eingehend mit den gegenwärtig akuten wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Der Beirat hat seine Auffassungen in einer Zusammenfassung niedergelegt, auf Grund deren der Vorsitzende Krupp von Bohlen und Halbach voraussichtlich in den nächsten Tagen dem Reichskanzler Dr. Brüning bestimmte Vorschläge unterbreiten wird.

U. a. hat man sich im Reichsverband der Deutschen Industrie eingehend mit der Frage befaßt, welche Folgerungen aus dem Rückgang des deutschen Ausfuhrüberschusses zu ziehen sind. Man ist zu der Ansicht gekommen, daß die jetzige Devisenlage Deutschlands einen bestimmten Devisenbestand zur Sicherung der deutschen Ernährung, des notwendigen Rohstoffbezuges und der Verpflichtungen aus dem Kapitaldienst notwendig mache. Dieser Aufgabe vermag die jetzige Form der Devisenbewirtschaftung jedoch nur mangelhaft zu entsprechen. Die Handelspolitik müßte daher auf das devisenpolitische Ziel der Schonung des Devisenvorrates abgestellt werden. Es wäre eine zentrale Regelung der Einfuhr mit gleichzeitiger Festsetzung von autonomen Warenkontingenten anzustreben. Die Maßnahmen sollten so elastisch wie möglich getroffen werden, damit eine spätere schnelle Rückbildung zur freien Wirtsch. ft möglich bliebe.

Am Donnerstag wird sich der handelspolitische Ausschuß des Reichsverbandes voraussichtlich endgültig über die der Reichsregierung zu machenden Vorschläge schlüssig werden.

Es gibt gegenwärtig keine Frage, die mit so großer Vorsicht und Sorgfalt behandelt werden muß, wie die Konsequenzen, die sich aus der Devisen- und Exportlage für die Handelspolitik ergeben. Der Eifer und die Dringlichkeit, mit der der Reichsverband die Reichsregierung schon jetzt in eine bestimmte Richtung zu drängen sucht, während doch große weltpolitische Entscheidungen wie die Lausanner Konferenz auch die Devisenentwicklung grundlegend beeinflussen können, müssen beunruhigend wirken. Die Oeffentlichkeit muß mindestens bald erfahren, ob die Reichsregierung selbst die Dringlichkeit einer Umorientierung der Handelspolitik ebenfalls bejaht. Die Gefahr, daß Interessentenwünschen und dem Willen zu einseitigem Protektionismus volkswirtschaftliche Interessen geopfert werden könnten, muß rechtzeitig erkannt und bekämpft werden.

Holland und die Mandschurei.

Beteiligung an der Völkerbundskomm.ssion.

Die „selbständige" Mandschurei scheint auch das Interesse Hollands zu erwecken, das ja ein ungeheures Kolonialreich mit starker chinesischer Bevölkerung im malayischen Archipel besitzt. Da nun Holland in der Völkerbundskommission nicht vertreten ist, die jetzt die mandschurischen Dinge studiert, ist der Gesandte der niederländisch-indischen Regierung in Nanking nach Mukden entsandt worden, um sich der Völkerbundskommission zur Verfügung zu stellen.

Die Schanghaier Dauerverhandlungen um einen chinesisch-japanischen Waffenstillstand sind noch immer ohne Ergebnis. Ein japanischer Luftangriff auf Ringuta nahe der Ostbahn dürfte nicht zum raschen Erfolg dieser Verhandlungen beitragen.

Inzwischen ist diese Kommission in Nanking eingetroffen. Beim feierlichen Empfang durch die chinesische Regierung erklärte Wansinwei, China trage keine Schuld an dem Konflikt mit den Japanern, die die Verträge gebrochen hätten.

Die chinesische Regierung werde niemals die Selbständigkeit der Mandschurei anerkennen. Diese Selbständigkeit sei eine Komödie.

Die gesamte japanische Politik sei nur mit der Annektionspolitik zu vergleichen, die es schon früher gegenüber Korea getrieben habe. Der chinesische Außenminister Lowenkan betonte, daß China seine internationalen Verpflichtungen erfüllen werde.

Der Vorsitzende des Völkerbundsausschusses, Lytton, betonte, daß der Völkerbund alle Maßnahmen treffen werde, um den Frieden zu sichern, unter der Voraussetzung, daß alle Verträge von beiden Parteien erfüllt würden.

Zusammenstöße zu Ostern.

Kozis und Nazis als Friedensstörer.

Essen, 29. März. (Eigenbericht.)

Wegen des durch den Osterfrieden bedingten Ausfalls eines kommunistischen Jugendtages versuchten die Kommunisten am Karsonnabend-Abend in Essen in verschiedenen Teilen der Stadt sogenannte Blitzdemonstrationen zu veranstalten, an denen über 1000 Personen, zum Teil von auswärts, teilnahmen. Bei der Säuberung der Straßen wurde ein Wachtmeister zu Boden geschlagen und durch Fußtritte schwer verletzt. 49 Personen, darunter ein Rädelsführer, wurden verhaftet.

Honnef (Rhein), 29. März.

In der Nacht zum Ostermontag kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei dem ein Nationalsozialist durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt wurde. Ein anderer Nationalsozialist erhielt einen Streifschuß am Kopf. Auf kommunistischer Seite wurde eine Person durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt.

Selbstmorde in der Reichswehr.

Erfreulicher Rückgang der Zahl.

Der Reichswehrminister hat auch in diesem Jahre dem Reichstag eine detaillierte Uebersicht über die gesundheitlichen Verhältnisse in der Reichswehr und der Reichsmarine vorgelegt und dabei ebenfalls wieder dem Problem: „Selbstmorde in der Reichswehr" ein besonderes Kapitel gewidmet.

Selbstmorde, die mit der Struktur der Armee in Zusammenhang stehen, ereignen sich in allen Armeen der Welt. In vielen Fällen ist der Grund der Selbstmorde schlechte Behandlung oder gar Mißhandlung durch die Vorgesetzten. Die praktische Unmöglichkeit, sich gegen schlechte Behandlung zu wehren — erfahrungsgemäß sind Beschwerden im Instanzenweg sehr mühsam und bringen dem Beschwerdeführer noch größere Nachteile —, verletztes Ehrgefühl, das sich mit der Wehrlosigkeit gegenüber Beleidigungen durch Höherstehende nicht abfinden kann, veranlassen den Soldaten oft, freiwillig in den Tod zu gehen. Solche Fälle ereignen sich zahllos heute noch in den Armeen, die auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut sind.

Es sei hier ausdrücklich hervorzuheben, daß in der Reichswehr der Selbstmord wegen schlechter Behandlung jetzt zu den verschwindenden Ausnahmen gehört. Für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 ist von insgesamt 60 Selbstmorden und Selbstmordversuchen

nur ein einziger einwandfrei auf schlechte Behandlung

durch den Vorgesetzten zurückzuführen. Ein Musiker wurde vom Obermusikmeister „Stümper" und „Schuster" genannt, und es wurde ihm nahegelegt, seine Versetzung nachzusuchen. Der Obermusikmeister ist im Verlauf eines anderen Verfahrens bestraft worden und aus dem Heer verwiesen. Daß sich unter den übrigen Selbstmordfällen irgendwelche Anhaltspunkte für schlechte Behandlung als Selbstmordursache finden, muß nach sorgfältigem Studium der dem Reichstag vorgelegten Tatbestände verneint werden.

Im allgemeinen zeigt der Bericht für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis zum 30. September 1931 ein weiterandauerndes starkes Zurückgehen der Soldatenselbstmorde in der Reichswehr. Während im Jahre 1924 insgesamt 184 Selbstmorde und Selbstmordversuche (132 und 52) in der Reichswehr zu verzeichnen waren, beträgt die Zahl für die letzte Berichtszeit **60** (46 und 14). Es ist also ein

Rückgang gegenüber 1924 auf etwa ein Drittel

festzustellen. (Vergleichszahlen: 1924: 184, 1925: 164, 1926: 140, 1927: 135, 1928: 98, 1930: 94, 1931: 60.)

In der Reichsmarine ging die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche von insgesamt 18 im Jahre 1927 auf 13 (9 Selbstmorde und 4 Versuche) im Jahre 1931 zurück.

Von den 60 Fällen in der Reichswehr fielen 3 auf Offiziere, 7 auf Unteroffiziere, 27 auf Gefreite, 23 auf Mannschaften. Es haben also im Verhältnis mehr Gefreite als Mannschaften Selbstmord verübt. In der Reichsmarine liegen die Dinge ähnlich. Von den 13 Fällen kamen auf Mannschaften 1, auf Gefreite und Obergefreite 8, Oberbootsmannmaate 2, Oberfeldwebel 1 und Oberleutnant zur See 1. In Prozentsätzen ausgedrückt: Reichswehr: Offiziere: 0,075 Proz., Unteroffiziere: 0,035 Proz., Mannschaften: 0,069 Proz. Aehnlich in der Reichsmarine.

Was nun

die Gründe zum Selbstmord

anbelangt, so werden folgende angegeben und genau erläutert:

Reichswehr: Krankheit, erbliche Belastung, Lebensüberdruß, Geschlechtskrankheiten 15 Fälle. Laufbahnsorgen, Sorge wegen mangelnder Eignung, lange Dienstzeit, Disziplinarstrafen usw. 13 Fälle. Unglückliche Familienverhältnisse, Liebeskummer, Alimentensorgen 12 Fälle. Furcht vor gerichtlicher Strafe 10 Fälle. Schulden, leichtsinniger Lebenswandel 6 Fälle. Uebertriebenes gekränktes Ehrgefühl 4 Fälle. Schlechte Behandlung durch einen Vorgesetzten 1 Fall. In den Fällen, in denen Furcht vor gerichtlicher Strafe das Motiv des Selbstmordes war, handelt es sich um Diebstähle, Notzucht, Meineid, Urkundenfälschung, gefährliche Körperverletzung, tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten, Desertion. In den Fällen, in denen gekränktes Ehrgefühl zum Selbstmord führte, handelte es sich um Aerger wegen Nichtbeförderung, Entlassung wegen Ungeeignetheit, Aerger wegen Anzeige über angebliche Unregelmäßigkeiten, Ungeeignetheit für die Rekrutenausbildung.

Reichsmarine: Unglückliche Familienverhältnisse 1 Fall. Schwermut in Verbindung mit Reue über Trunksucht 2 Fälle. Verdacht eines Diebstahls 1 Fall. Lebensüberdruß infolge Schulden 1 Fall. Zerwürfnisse mit der Braut 1 Fall. Kündigung wegen mangelnder Befähigung 1 Fall. Reue über eine außerdienstliche Verfehlung 1 Fall. Verdacht des Vergehens gegen § 175 1 Fall. Verdacht des Kameradschaftsdiebstahls 1 Fall. Bedrücktheit wegen Bestrafung 2 Fälle und psychopathische Veranlagung in Verbindung mit Alkoholwirkung 1 Fall.

Man wird es vielleicht erstaunlich finden, daß Soldatenselbstmorde oft aus einer verhältnismäßig geringen Ursache versucht oder begangen werden. Man entdeckt

Motive, die im Zivilleben kaum einen Menschen in den Tod treiben

dürften. Dazu ist zu sagen: Es ist eine von erfahrenen Psychologen und Psychiatern bestätigte Tatsache, daß die lange, auf den Versailler Vertrag zurückzuführende Dienstzeit, aus der es normalerweise keine vorzeitige Entlassung gibt, die Disposition für Psychopatentum und Schwermut, Niedergeschlagenheit usw. bei Reichswehrangehörigen stark erhöht. Die große Bedeutung, die die militärische Disziplin auch kleineren kriminellen oder dienstlichen Vergehen beilegt, das anerzogene gesteigerte Ehrgefühl, die Verachtung durch Vorgesetzte und Kameraden im Falle einer Verfehlung lassen es in Verbindung mit der durch die lange Dienstzeit oft hervorgerufene seelische Störung verständlich erscheinen, daß der Soldat keinen Ausweg mehr weiß und zum letzten Mittel in seiner Ratlosigkeit greift. Trotz alledem ist festzustellen, daß die Selbstmordziffer prozentual unvergleichlich weit unter dem Durchschnitt der Zivilbevölkerung steht. Begreiflich: denn das heutige Hauptmotiv der Selbstmorde im allgemeinen ist die wirtschaftliche und soziale Not. Vor ihr ist der Soldat geschützt.

Die Gesundheitsverhältnisse in der Reichswehr und Reichsmarine sind weitaus besser als in dem zivilen Bevölkerungsteil.

Was die Unfälle anbelangt, so ist auch hier eine befriedigende Verminderung der Zahl des Todesfälle festzustellen. In der Reichswehr ging die Zahl der tödlichen Unfälle von 80 im Jahre 1921 auf 61 im Jahre 1930/31 zurück. Ursachen: Ertrinken 13, darunter 7 außer Dienst, durch Schuß —, Ueberfahren 7, Hufschlag 3, Verbrennen —, Explosion 3, Sturz beim Reiten und Exerzieren 5, Turnen und Sport —, durch Auto-, Motorrad- oder Fahrradunglück 25, sonstige 5. In der Reichsmarine ereigneten sich 1930/31 10 tödliche Unglücksfälle: 4 durch Ertrinken, 2 Verkehrsunfälle mit eigenem Motorrad, 1 durch Verletzung beim Ankurbeln eines Motors, 1 Sturz von der Treppe, 1 Sturz auf nassem Deck, 1 Verletzung bei einer Neckerei mit einem Kameraden.

Alles in allem kann man mit der gesundheitlichen Lage im Heer und in der Marine sehr zufrieden sein und mit besonderer Freude feststellen, daß der Rückgang der Selbstmorde in Heer und Marine ein außerordentlicher ist.

Dr. Julius Moses.

Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in Nr. 5 der „Volkswohlfahrt" vom 1. März 1932 eine Zusammenstellung der mit Tilgungsdarlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge geförderten Landarbeiterwohnungen nach dem Stande vom 1. Januar 1932 veröffentlicht. Die Zusammenstellung ergibt, daß in den Jahren 1923/24 bis einschließlich 1931 12 415 Werkwohnungen und 28 698 Eigenheime zusammen also 41 113 Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge errichtet worden sind. Vom Jahre 1921 bis 1. August 1932 waren durch Zuschüsse gefördert: 10 538 Werkwohnungen und 367 Eigenheime, zusammen 10 905 Landarbeiterwohnungen. Zusammen sind in Preußen von 1921 bis 1931 an Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge gefördert worden: 22 953 Werkwohnungen und 29 065 Eigenheime, zusammen also 52 018 Landarbeiterwohnungen.

Dr. Dorpmüller, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, hat sich nach Paris begeben. Ende dieses Monats tritt dort das Komitee des Völkerbundes zusammen, das mit dem Studium der Frage beauftragt ist, wie durch Vergebung öffentlicher Arbeiten die Arbeitslosigkeit der Welt gebessert werden kann. Dr. Dorpmüller ist Vorsitzender dieses Komitees.

Das Elend im Technikerberuf.

Außerordentlicher Bundestag des Butab.

Der in diesem Jahr fällige Bundestag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, der größten Techniker-organisation in Deutschland, wurde am 25. und 26. März in Berlin als außerordentlicher Bundestag abgehalten, um die mit einem ordentlichen Bundestag verknüpften größeren Ausgaben bei der äußerst gespannten Finanzlage der Organisation zu sparen. Von der Notlage der Technikerschaft entrollte der Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers des Butab, Genossen Schweitzer, ein erschütterndes Bild. In viel stärkerem Maße als die kaufmännischen werden die technischen Angestellten von der Wirtschaftskrise erfaßt.

Bei den Angestellten insgesamt ist die Arbeitslosigkeit vom 1. Januar 1930 bis zum 1. Januar 1932 von rund 222 000 auf 493 000 gestiegen, bei den Mitgliedern des Butab jedoch im gleichen Zeitraum **von rund 4300 auf 15 400.** Die bis jetzt bekanntgewordenen Kündigungen zum Quartalsschluß lassen die Befürchtung als nicht übertrieben erscheinen, daß am 1. April **mindestens 18 000 Bundesmitglieder stellungslos** sein werden, das sind rund 33 Proz. der Gesamtmitgliedschaft.

Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit in der Hauptfachgruppe Baugewerbe mit 58 Proz. erwerbslosen Bundesmitgliedern. Es folgen die Fachgruppe Industrie mit 32 Proz., die Fachgruppe Behörden und öffentliche Betriebe mit 20 Proz. und zuletzt die Fachgruppe Bergbau mit 6,1 Proz. Daß die Arbeitslosigkeit bei den technischen Angestellten viel größer ist als bei den kaufmännischen, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie vorwiegend in den Produktionsmittelindustrien tätig sind, die von der Krise bedeutend stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als die Konsumgüterindustrien.

Ein unbeschreibliches Elend herrscht unter den Absolventen der technischen Lehranstalten, von denen es nur verschwindend wenigen gelingt, nach dem Schulabgang eine Arbeitsstelle zu finden. Durch

den ungehemmten Zustrom zum Technikerberuf

ist das Problem der erwerbslosen älteren Angestellten von dem Problem der Unterbringung der jungen erwerbslosen Angestellten in die Betriebe völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

Die Finanzlage des Butab ist durch die beispiellose Arbeitslosigkeit der Mitglieder begreiflicherweise sehr ungünstig beeinflußt worden. So flossen z. B. im vorigen Jahr von den rund 3,16 Millionen Mark Beitragseinnahmen 1,5 Millionen Mark wieder in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurück, davon allein an Stellenlosenunterstützung 1,3 Millionen Mark. Der vom Vorstand durchgeführte Abbau der Unterstützungssätze sowie die äußerst scharfe Drosselung der Ausgaben für sächliche und persönliche Verwaltungsunkosten war eine zwangsläufige Folge der Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt der Techniker und zur Sicherung des Bestandes der Organisation unumgänglich. Ein Rückschlag in der Mitgliederbewegung war angesichts der Verschärfung der Krise vorauszusehen. Der Verlust von 2500 Mitgliedern im vorigen Jahr, durch den sich der Mitgliederbestand bis zum Schluß des Berichtsjahres auf 56 815 senkte, hält sich in verhältnismäßig geringen Grenzen.

Mit scharfen Worten wandte sich Genosse Schweitzer

gegen die braunhemdige Unternehmergarde Hitlers.

Die parteipolitische Neutralität des Butab hindere ihn nicht, die NSDAP., die als geschworener Feind der Gewerkschaften auftritt, als Feind der freigewerkschaftlich organisierten Technikerschaft zu erklären und demzufolge auch zu bekämpfen. Der Butab begrüßt die Bildung der Eisernen Front zur Niederringung des Faschismus ebenso wie die Forderungen der Spitzenkörperschaften der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, die einen Umbau des unfähigen privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, die Herbeiführung einer Planwirtschaft zum Ziele haben.

Die von größter Sachlichkeit getragene Diskussion ergab die uneingeschränkte Billigung der Maßnahmen, die der Bundesvorstand seit dem letzten Bundestag zur Sicherung des Bestandes und der Schlagkraft der Organisation von sich aus getroffen hat. Das vom Genossen Schweitzer abgelegte Treuebekenntnis zur Eisernen Front wurde unter dem Beifall aller Delegierten von den meisten Diskussionsrednern, besonders wirkungsvoll von dem Sprecher der Berliner Delegierten unterstrichen. Stürme des Protestes riefen die Mitteilungen eines Diskussionsredners hervor über

einen geradezu mittelalterlichen Terror der Ruhrzechenbesitzer

gegenüber den freigewerkschaftlich organisierten Angestellten ihrer Betriebe. Man zwingt die Angestellten, in die Versammlungen der gelben Werkvereinler, ja selbst in die von den Nazis oder Stahlhelmern einberufenen Versammlungen zu gehen und dort in Anwesenheit von Vertretern der Direktionen ihren Austritt aus den freien Gewerkschaften und den gleichzeitigen Eintritt in die gelben Werkvereine, den Stahlhelm oder die NSDAP. bzw. deren Betriebszellenorganisation zu erklären. Man kündigt den Angestellten, die sich diesem Terror nicht beugen wollen, nicht nur ihre Entlassung aus dem Betrieb an, sondern führt sie auch durch, wenn der betreffende Angestellte standhaft bleibt und kein Gesinnungslump werden will.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte der Bundestag von der Reichs- und Preußenregierung unverzüglich ein energisches Einschreiten gegen diese verfassungswidrige Unterbindung der Koalitionsfreiheit.

Von den weiteren drei einstimmig angenommenen Entschließungen nimmt die erste kritisch Stellung zur Notverordnungspolitik. In ihr spricht der Bundestag die Erwartung aus, daß die in keiner Weise wirtschaftlich gerechtfertigten

Verschlechterungen in der Angestellten-, Unfall- und Knappschaftsversicherung

durch die Vierte Notverordnung entsprechend den Anträgen der Vertreter der freien Gewerkschaften im Reichstag baldmöglichst wieder aufgehoben werden. Die Reichsregierung wird darin gewarnt vor einem neuen Abbau der Arbeitslosenversicherung und der beabsichtigten Herabdrückung dieser Versicherung auf die Stufe der Wohlfahrtsfürsorge.

Die zweite Entschließung billigt die Richtlinien, die in der jüngsten AfA-Bundesausschußsitzung zur Herbeiführung einer aktiven Wirtschaftspolitik aufgestellt worden sind.

Die dritte Entschließung ersucht die Reichsregierung dringend, der Knappschaftsversicherung unverzüglich Hilfe zu gewähren, um diesen wichtigen Versicherungszweig vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Nach einer regen Debatte über innerorganisatorische Fragen erhielt der Bundesvorstand die Vollmacht, bis zum nächsten Bundestag alle Maßnahmen, die zur Abwehr von Gefahren für den Bestand des Bundes erforderlich sind, von sich aus zu treffen, auch wenn sie von der Bundessatzung abweichen. Hinsichtlich der weiteren Beitragsleistung wurde gegen eine Stimme **die Beibehaltung der jetzt geltenden Beiträge und Beitragsstaffelungen** beschlossen. Die außerordentlichen Notbeiträge sollen, sobald es die Finanzlage der Organisation gestattet, wieder aufgehoben werden.

Der nächste Bundestag soll 1934 in Leipzig abgehalten und zugleich mit einer Erinnerungsfeier an die dann vor 50 Jahren in der gleichen Stadt erfolgte Gründung des Deutschen Technikerverbandes, des Vorläufers des Butab, verbunden werden.

Kalter Aufschnitt nach russischer Art.

Was man den russischen Arbeitern vorsetzt.

Ein nettes Beispiel der „Volksaufklärung" in Sowjetrußland, das sich allerdings völlig deckt mit den Märchenerzählungen der KPD. in Deutschland, lieferte der „Trud" in seiner Nr. 53 vom 4. März, in der er über einen ständigen und regen Briefwechsel der Elektrizitätsarbeiter in Charkow mit den „Gesinnungsgenossen" der AEG. in Berlin berichtet. Man kann kaum annehmen, daß der „Trud" die Briefe und Briefauszüge von AEG.-Arbeitern, die er in dieser Ausgabe seinen Lesern unterbreitet, selbst fabriziert hat. Anscheinend sind diese angeblichen „Dokumente" der „revolutionären" Arbeit der KPD. unter den Berliner AEG.-Arbeitern Phantasieprodukte eines oder einiger KPD. bzw. RGO.-Strategen, die bei den Gestrengen in Moskau Eindruck machen sollen.

Der „Trud" veröffentlicht zum Beispiel einen Auszug aus dem Brief eines angeblichen Berliner AEG.-Arbeiters Rotte, in dem es heißt, die Briefe der Arbeiter der Charkower Fabrik spielten eine sehr große Rolle in der „revolutionären Arbeit der AEG.-Arbeiter". Bei den Betriebsratswahlen seien diese Briefe in Form von Flugblättern unter der AEG.-Arbeiterschaft verbreitet worden, was zum Erfolg sehr viel beigetragen habe.

Nun ist der AEG.-Belegschaft weder etwas von der Beschäftigung oder gar „revolutionären" Tätigkeit eines Arbeiters mit Namen Rotte, noch von der Verbreitung derartiger Flugblätter und also nichts von einem „Erfolg" solcher Flugblätter bekannt. Die Betriebsratswahlen, von denen im „Trud" offenbar die Rede ist, waren bereits zu Anfang des vorigen Jahres und alles andere als ein Erfolg der KPD. Während z. B. im Gesamtbetriebsrat des Konzerns die freien Gewerkschaften sowohl im Jahre 1930 als im Jahre 1931 nach der Betriebsratswahl 19 Mandate hatten, verlor die RGO. im Jahre 1931 von ihren 10 Mandaten zwei, die den Deutschnationalen zufielen.

In einigen anderen im „Trud" abgedruckten Briefen ist u. a. von dem „Wüten der Betriebspolizei" die Rede, die es im AEG.-Konzern gar nicht gibt, und von einem „Anwachsen der revolutionären Kampfstimmung" unter den AEG.-Arbeitern. Von dieser Kampfstimmung bekam man einen sonderbaren Begriff, als vor einiger Zeit in Hennigsdorf zwei RGO.-Versammlungen, eine Betriebsversammlung und eine Lehrlingsversammlung, steigen sollten. Obwohl für beide Versammlungen die denkbar größte Reklame gemacht worden war, konnten sie wegen „Mangels an Masse" nicht stattfinden.

Aus dem Obmann des Arbeiterrats der AEG.-Lokomotivfabrik in Hennigsdorf wird im „Trud" ein Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des AEG.-Konzerns. Wenn nach einem solchen kalten Aufschnitt den russischen Arbeitern einmal reale Tatsachen serviert werden müssen, wie der Reinfall der KPD. bei der Präsidentenwahl, ist es schon verständlich, weshalb das Zentralkomitee der KPD. von den Päpsten in Moskau ordentlich eins auf den Deckel bekommen hat und gegen seine Unteroffiziere in einer fünfspaltigen Resolution die „Waffe der unversöhnlichen bolschewistischen Selbstkritik" erhebt. Die AEG.-Arbeiter haben für derartige „revolutionäre" Mätzchen nur ein mitleidiges Lächeln übrig.

Ostertagung der Außenmonteure.

Steigende Arbeitslosigkeit.

Die während der Osterfeiertage in Berlin weilenden freigewerkschaftlich organisierten Außenmonteure Berlins hielten Sonnabendvormittag in den Sophiensälen ihre traditionelle Festtagsversammlung ab, die bekanntlich dem Austausch der Meinungen und Erfahrungen dient über die Vorgänge während ihrer Abwesenheit von Berlin. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Genosse Eckert gab den Versammelten einen Ueberblick über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit, von denen sich die Außenmonteure an ihren oftmals weitabgeschiedenen Montageorten nur selten ein klares Bild machen können. Er führte ihnen vor allem die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen vor Augen und machte sie insbesondere mit den verschiedenen Vorschlägen zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt.

Mit lebhaftem Beifall begrüßten die Berliner Außenmonteure die von Eckert erläuterten Forderungen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die auf eine Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch eine planmäßige Wirtschaftsführung abzielen. Es bestand zwischen dem Referenten und den Versammelten volle Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Bildung der Eisernen Front zur Bekämpfung des Faschismus, ebenso auch in der Verurteilung der politischen und gewerkschaftlichen Quertreibereien innerhalb der Arbeiterbewegung. Der Sachberater der Monteurkommission, Genosse Gron, berichtete dann eingehend über die Erledigung der verschiedensten Streitigkeiten, die sich aus dieser oder jener Auffassung der Monteure oder Betriebsleitungen hinsichtlich der Auslegung der tariflichen Arbeitsbestimmungen für die Monteure ergeben haben und von der Organisation beizulegen waren. Sehr aufschlußreich über die Arbeitsmarktlage in der Berliner Metallindustrie waren seine Ausführungen über die Beschäftigung in den Betrieben des VBMI.

In den VBMI.-Betrieben waren am 1. Januar 1930 rund 185 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Am 1. Januar 1932 waren es bloß noch etwa 115 000 und am 1. März sogar nur **noch rund 89 000** beschäftigte Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Da diese im Durchschnitt nur 33 bis 35 Stunden in der Woche beschäftigt werden, ergibt sich bei einer Umrechnung auf eine 48stündige Arbeitszeit in den VBMI.-Betrieben zur Zeit nur noch eine Beschäftigungsmöglichkeit für rund 64 000 Vollarbeiter.

Die nächste Zusammenkunft der im Metallarbeiterverband organisierten Berliner Außenmonteure soll im gleichen Lokal am Pfingstsonnabend in den Abendstunden sein.

Lohndrückerei.

Wie manche Arbeiter zum Lohndrücker und somit zum Schädling für ihre organisierten Kollegen werden, ohne daß sie durch die Not und das Elend ihrer Familie zu diesem Schritt getrieben wurden, zeigt folgender Fall:

Die Firma Hugo Vogelbaum, Dekaturanstalt, Berlin, Dresdener Str. 109, beschäftigt als einzigen Arbeiter einen Emil B., der bei seinem Onkel, einem Beamten, wohnt. Dieser Dekaturarbeiter arbeitet für einen Wochenlohn, der um 40 Proz. niedriger ist, als tariflich für seine Gruppe festgesetzt wurde. Trotzdem er auf das Unsolidarische seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde, hat er anscheinend keine Veranlassung, den ihm zustehenden Tariflohn zu beanspruchen. Der gute Onkel erhält sein Gehalt aber schließlich nicht dazu, um seinem Neffen die Lohndrückerei zu ermöglichen.

Vielleicht genügt dieser Hinweis für die Firma Vogelbaum und den Arbeiter B., um sie zu veranlassen, ihr die ganze Branche schädigendes Verhalten aufzugeben.

Der böhmische Bergarbeiterstreik.

Ein auffälliges Spiel der Unternehmer.

Der Streik der 13 000 Bergarbeiter im nordwestböhmischen Kohlenrevier ist bekanntlich darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer mit Massenkündigungen vorgegangen sind. Nun sind Kündigungen entweder tatsächlich notwendig — und in diesem Falle läßt sich dagegen nichts tun — oder aber sie werden zu einem bestimmten Zweck vorgenommen, zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter riechen den Braten von weitem. Sie haben die Massenkündigungen richtig eingeschätzt.

Die Brüxer Bezirksbehörde hat nämlich durch Anschlag kundgemacht, **daß die Kündigungen auf den Humboldtschächten, die zum Streikausbruch führten, zurückgenommen werden** und somit der Grund zu dem Vorgehen der Bergarbeiter und zu weiteren Arbeitseinstellungen entfallen ist.

In dieser Kundgebung werden zum Schluß „strengste Maßnahmen" angeordnet. Natürlich nicht etwa gegen diejenigen, die die Bergarbeiter durch die Kündigungen, durch die Androhung der Brotlosmachung in den Proteststreik hineingetrieben haben, sondern „strengste Maßnahmen" gegen die Streikenden, die diesem zweideutigen Spiel nun erst recht mißtrauen und befürchten, daß sobald der Streik auf diese Kundmachung hin abgebrochen wird, die Streikenden erst recht entlassen werden.

Der Streik hat bis jetzt den Erfolg, daß für die nächste Woche eingehende Verhandlungen geplant sind.

Weitere Ausdehnung des Streiks.

Prag, 29. März. (Eigenbericht.)

Der tschechische Bergarbeiterstreik hat sich am Dienstag auch auf das Aussiger Revier ausgedehnt. Es streiken in Nord- und Nordwestböhmen in 52 Schächten 20 000 Bergarbeiter. Im Mährisch-Ostrauer Steinkohlenrevier haben Kommunisten Teilstreiks hervorgerufen. Dort sind am Dienstag 6000 Bergleute nicht eingefahren.

In Komotau kam es am Dienstagnachmittag zu einem Zusammenstoß, als 800 Arbeiter in die Mannesmannröhrenwerke einzudringen versuchten. Zwei Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Es gelang den Gendarmen schließlich, die Menge ohne Blutvergießen zu zerstreuen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 30. März, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwestens:** Jugendheim Yorkstr. 11 (Federgeschäfte). Sinn der Mädchenarbeit. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Gutheit funkt. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. FGJ. in Wort und Bild. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Aktuelles vom Monat. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Parkstr. 36. Die Kampfmittel der freien Gewerkschaften. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 20 (Hof). Fahrtenklatsch. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 66 (U-Bahn Boddinstraße). Mitgliederbewegung und Aufbau des ADGB. — **Humboldt:** Jugendheim Braun. Ecke Lortzingstraße. Die Karikatur im Weltkrieg. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schönebergerstr. 4. Entstehung und Entwicklung der freien Gewerkschaften. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Der Lehrling einst und jetzt.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim, Schule Kastanienallee 31. Abend eigener Ausgestaltung: Internationale Reportage. — **Ostbezirk I:** Jugendheim Danziger Straße 62 (Baracke 3). Wir lernen neue Kampflieder unter Leitung von Fritz Weißhock. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 7 (Baracke). Gruppenbesprechung. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Gubenstr. 61. Bunter Abend. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt, am Bahnhof Köpenick). Leseabend: Amerikareise deutscher Gewerkschafter. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: Wie wählt das Ausland? — **Südost:** Jugendheim Monteuffelstr. 7. Leseabend. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Seitengebäude, Sechsenzimmer). Tagespolitische Rundschau. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Aussprachebend. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Wir üben für unsere Verbefeier. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge in Nowawes, Priesterstraße. Wir üben für unsere Verbefeier. — Heute sagt die Versicherungsgesellschaft Sorgenfrei A.-G. von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 24.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont
Unter-Vorkriegspreise!

Preiskommissar und Gemeinden.

Verhandlungen über Senkung der Kommunalabgaben.

Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Ergänzung und Unterstützung der Bestrebungen auf Senkung der Preise für lebenswichtige Waren und Leistungen die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Dieser Aufforderung wollen die Gemeinden und Gemeindeverbände nachkommen, obwohl die kommunalen Haushalte durch die steigenden Wohlfahrtslasten und den Rückgang des Steueraufkommens außerordentlich belastet sind. Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Vieh- und Schlachthöfe sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und Siechenheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Reklame- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Tankstellen.

Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten entstehen. Eine Senkung der Gebühren unter die Selbstkosten kommt nicht in Frage. In den Fällen, in denen die Entgelte die Selbstkosten nicht decken, ist eine Senkung überhaupt nicht erforderlich. Da es bei den ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den rückgängigen Steuereingängen vollkommen ausgeschlossen erscheint, daß in einer Gemeinde sämtliche für eine Nachprüfung in Betracht kommenden Anstalten ihre Gebühren und sonstigen Entgelte senken können, lassen die Grundsätze es zu, die Ersparnisse aus der Notverordnung und die Minderung der Sachkosten gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 innerhalb der Verwaltung zusammenzuziehen und zu besonders kräftiger Senkung an einzelnen Stellen, z. B. bei den Gas- und Elektrizitätswerken oder bei den Schlachthofgebühren usw., je nach den Bedürfnissen des einzelnen Ortes, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, zu verwenden. Die gesamte Durchführung der Gebührensenkung ist davon abhängig, daß nicht der Reichsminister der Finanzen oder die zuständigen obersten Landesbehörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anordnungen über die Verwendung der den Gemeinden oder Gemeindeverbänden aus der Notverordnung entstehenden Ersparnisse getroffen haben oder noch treffen werden. Von zahlreichen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sind bereits entsprechend diesen grundsätzlichen Mitteilungen Senkungen von kommunalen Gebühren, Beiträgen und privatrechtlichen Leistungsentgelten vorgenommen worden.

Die Stadt Berlin hat die vom Preiskommissar angeregte Senkung der Kommunalgebühren bereits bei der Müllbeseitigung, den Gebühren für den Schlacht- und Viehhof und den Markthallengebühren durchgeführt.

Kleine Sünder vor dem Strafrichter.

Großes Aufgebot wegen Lappalien.

Mit einem Ernst, mit einer Gewichtigkeit und mit dem Aufgebot eines großen umständlichen Behördenapparates, die verblüffen und denen das Volk verständnislos gegenübersteht, geht man immer wieder gegen kleine und kleinste Sünder vor. Jedesmal können sich die Behörden mit gutem Recht auf bestehende „Vorschriften" berufen, aber der Außenstehende kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob des Guten manchmal doch zu viel getan wird und daß es besser wäre, wenn solche wahrhaften Lappalien von einem energischen Staatsanwalt niedergeschlagen würden.

Ein paar Pfund Rosenkohl.

Zwei arbeitslose junge Leute, bisher völlig unbestraft, stehen vor dem Amtsgericht Lichtenberg. Eines Abends hatten sie sich auf den Weg nach der Landsberger Chaussee gemacht und dort von dem Acker eines Hohenschönhausener Landwirts insgesamt vier Pfund Rosenkohl entwendet. Aus Hunger, wie sie sagen, und man glaubt ihnen das. Beide bekommen kärgliche Unterstützungen, die kaum zum notdürftigsten Lebensunterhalt ausreichen. Da sie einmal Appetit auf Gemüse hatten, kamen sie auf die Idee, sich Rosenkohl zu verschaffen. Vier Pfund stahlen sie, Wert noch nicht 60 Pfennig! Der eine aber hatte einen Schlagring bei sich getragen, das legte man ihm besonders zur Last. Trotzdem nach der Anordnung des preußischen Justizministers derartige Bagatellsachen — gemeint ist hier nur der Diebstahl des Rosenkohls — gar nicht aufgerollt werden sollen, kam das Gericht zu einer Verurteilung beider Angeklagter, die zu je 15 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Wegen des unbefugten Waffenbesitzes wurde der eine zu weiteren 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Mann, der in der Zeitungsmappe wühlte.

Der nächste Fall ist besonders grotesk. Man stelle sich vor, ein älterer Arbeiter ist wegen „versuchten Diebstahls" angeklagt, weil ihm zur Last gelegt wird, in der Berliner Straße zu Hohenschönhausen, wo er auch arbeitet, in früher Morgenstunde eine Mappe, in der Zeitungen enthalten waren, durchwühlt zu haben. Eine Frau, die Zeitungen austrägt, hatte ihre Mappe dort stehen lassen, ihr Ehemann, der auf der anderen Seite wartet, beobachtete nun, wie ein Mann sich an die Tasche, in der Exemplare einer Berliner Lokalzeitung schlummern, heranmachte und in ihr herumwühlte. Wollte der Mann Zeitungen stehlen? Wie dem auch sei, die Polizei wird benachrichtigt und alsbald flatterte dem Mann ein Strafbefehl über drei Wochen Gefängnis wegen versuchten Diebstahls ins Haus! Er beantragte richterliche Entscheidung. Trotzdem der Amtsanwalt die Gefängnisstrafe auf 1 Woche ermäßigt haben wollte, kam das Gericht vernünftigerweise zu einem Freispruch des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Um 10 Pfennig beinahe ins Zuchthaus.

Mit einer Fahrkarte 3. Klasse war der Angeklagte B. in die 2. Klasse eines Vorortzuges gestiegen. Als er unterwegs von einem Kontrolleur zur Rede gestellt wurde, behauptete er, bei Abfahrt des Zuges versehentlich in das falsche Abteil gesprungen zu sein, eine Erklärung, die durchaus nicht von der Hand zu weisen ist, weil die Reichsbahn vier verschiedene Abteile hat, zweiter Klasse und dritter Klasse, Raucher und Nichtraucher, so daß jedesmal, wenn ein Zug einfährt, ein wildes Hin und Her sämtlicher Fahrgäste nach dem richtigen Abteil entsteht. Er erklärte sich auch bereit, die Preisdifferenz von 10 Pfennig zu bezahlen, aber er sei nicht imstande, die von dem Kontrolleur geforderte Ordnungsstrafe von 3 Mark zu erstatten. Erst als von der Reichsbahn eine Betrugsanzeige gegen B. einlief, holte er die Zahlung der Ordnungsstrafe nach. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stellte sich heraus, daß B. bereits zweimal wegen Betruges verurteilt worden war, so daß seine Tat einen mit Zuchthaus bedrohten Rückfallbetrug darstellte. Der Amtsanwalt billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und beantragte für den Betrug um 10 Pfennig die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Amtsgerichtsrat Spane sprach aber den Angeklagten verständigerweise von der Anklage des Rückfallbetruges frei, da ihm beim Besteigen der falschen Wagenklasse eine betrügerische Absicht nicht nachgewiesen werden konnte.

Vom U-Bahnzug zermalmt.

Aufregender Vorfall auf dem Bahnhof Breitenbachplatz.

Auf dem U-Bahnhof Breitenbachplatz spielte sich in den gestrigen Abendstunden ein entsetzlicher Vorfall ab. Gegen 17.30 Uhr warf sich plötzlich eine Frau vor die Räder eines einfahrenden Zuges. Obgleich der Führer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bremsen versuchte, konnte er den Zug auf die kurze Entfernung nicht mehr rechtzeitig genug zum Halten bringen. Die beiden ersten Wagen rollten über die Unglückliche hinweg, der beide Beine abgefahren wurden. Die alarmierte Feuerwehr holte die Selbstmörderin, nachdem die Strecke stromlos gemacht worden war, unter dem Wagen hervor. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist die Lebensmüde eine 32 Jahre alte Verkäuferin Maria Moser aus der Elsestraße 15 in Zehlendorf. Der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist noch unbekannt. Durch den Vorfall wurde der U-Bahnbetrieb in beiden Richtungen empfindlich gestört.

Die Schulferien in diesem Jahr.

Für die Schulen Groß-Berlins sind in diesem Jahre die Ferien wie folgt festgesetzt:

Pfingsten . . .	**vom 7. 5.**	**bis einschließlich**	**22. 5. 1932**
Sommerferien . .	**„ 30. 6.**	**„**	**„ 4. 8. 1932**
Herbstferien . .	**„ 30. 9.**	**„**	**„ 4. 10. 1932**
Weihnachten . .	**„ 10. 12.**	**„**	**„ 8. 1. 1933**

An den Terminen hat sich gegenüber den Vorjahren nichts Wesentliches geändert, lediglich daß die Pfingstferien wegen des frühen Pfingstfestes schon am 7. Mai beginnen.

Lastkahn im Nordhafen gesunken.

Durch Ueberladen wurde gestern abend im Nordhafen an der Fennstraße ein Lastkahn zum Sinken gebracht. Der Schiffer und seine Familie konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Als die alarmierte Feuerwehr und das im Westhafen stationierte Feuerlöschboot II an der Unfallstelle eintrafen, war der Kahn bereits unter der Wasseroberfläche verschwunden. Der Lastkahn hatte an der Ladestraße festgemacht. Von einem Bagger wurden schon seit Tagen große Sand- und Schlammengen überladen. Als gestern gegen 18 Uhr der Bagger seine Tätigkeit wieder aufgenommen hatte und Sand überschaufelte, bekam der Kahn auf einer Seite Uebergewicht und das Wasser drang in großen Mengen ein. In knapp 10 Minuten war der Kahn gesunken. Die Unfallstelle ist vom Wasserbauamt gesperrt und durch rote Warnungsflaggen markiert worden.

* **Assessor Glade gestorben.** An den Folgen einer Operation verstarb in Berlin der durch den Stinnes-Skandal in peinlicher Weise bekannt gewordene Assessor Glade.

27]

Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Und ein wenig weiter rückwärts, in Charbin, verdienten die Hyänenschwärme der Militärbeamten und Schieber Millionen am Blut der Soldaten, in Restaurants und Kabaretts tobten die Orgien, in den Bordellen sammelte sich die Blüte der russischen Prostitution und die Wogen gingen hergehoch. Und beim Gläserklirren in der Etappe, beim Kanonendonner an der Front stahlen die Intendanten die Ausrüstung und Verpflegung, die für die Soldaten bestimmt waren, und die Soldaten konnten barfuß laufen und hungern. Und während ein Admiral sein Geschwader — niemand weiß warum —, in englische Gewässer führte und dort die Fischerboote von Hull beschoß, riß ein anderer bei Zufima die russische Flotte ins Verderben, ließ Millionen und aber Millionen russischen Nationalvermögens, Tausende und aber Tausende russischer Seeleute in den Wellen des Ozeans versinken.

Das alles ist noch gar nicht so sehr lange her. Zehn Jahre. Aber wer kann dafür bürgen, daß solche Dinge sich nicht wiederholen werden?

Morgen sind wir in Nikolsk-Ussurijsk.

Die Kaserne.

Das Begleitkommando brachte mich nachts, unmittelbar vom Bahnhof, zur Regimentskanzlei, wo der Schreiber vom Dienst mich verschlafen empfing. Zugleich wurden meine Militärpapiere abgegeben, und so war ich augenblicks aus einem Transportgefangenen zu einem Soldaten geworden.

Als es sich herausstellte, daß ich mich kaum auf den Beinen halten konnte, wurde ich ins Regimentslazarett übergeführt.

Nach all den Entbehrungen und Leiden des Gefängnislebens erschien mir das Lazarett als ein Dorado an Sauberkeit, Komfort, Ruhe und Geborgenheit, Einzelheit, frische Wäsche, richtiges Essen — das war wie ein neues Leben. Die qualvolle Reise lag hinter mir. Und wie ich diese ausgedehnte Ruhe genossen habe! Die mir verordneten Bäder wirkten Wunder.

Mein jugendlicher Körper verlangte das Seine. Nach der langen Fastenzeit entwickelte ich einen geradezu wölfischen Appetit. Selbst die verstärkte Rekonvaleszentenration erwies sich als unzureichend. Ich hatte mir sofort von einigen Landsleuten etwas Geld geliehen und ließ mir für ein Zwanzigkopekenstück vom Koch noch eine Portion Beefsteak geben. Außerdem konnte ich noch die Portionen einiger Lazarettkameraden, die ohne Appetit waren, mitverzehren.

Mir waren Arseninjektionen verordnet worden. Diese Injektionen nahm der Sanitätsunteroffizier auf eine geradezu barbarische Weise vor. Im ganzen Lazarett gab es nur eine einzige dicke Nadel mit verbogener Spitze, eine Nadel, die selbst in den Händen des erfahrensten Chirurgen die größten Schmerzen hervorrufen mußte; in den Händen eines Sanitätsunteroffiziers wirkte sie wie ein aus dem Madrider Museum gestohlenes Folterinstrument. Dieser Sanitätsunteroffizier nahm noch eine andere gräßliche Prozedur mit mir vor. Der Assistenzarzt hatte offenbar in einem Anfall von Delirium tremens, an dem er später starb, dem Sanitätsunteroffizier befohlen, die Borke von meinen Furunkeln mit der Pinzette zu entfernen. Das war eine sinnlose Grausamkeit, aber der Sanitätsunteroffizier führte gewissenhaft den erhaltenen Befehl aus, und ich mußte so lange leiden, bis der andere Arzt vom Urlaub zurückkehrte und diese schauderhafte Therapie schleunigst untersagte.

Ich gehörte ja nicht nur zum Mannschaftsstande, sondern war auch noch Rekrut, stand also auf der alleruntersten Stufe, während der Sanitätsunteroffizier bereits Sergeantenrang hatte. Da gab es natürlich keinen Widerspruch.

In den ersten Tagen meines Lazarettaufenthalts kam ich auf der Suche nach dem Sanitätsunteroffizier in das Zimmer, in dem die Unteroffiziere wohnten, soweit sie zum Sanitätsdienst oder zur Kanzlei gehörten.

Nach alter, offenbar tadelnswerter Gewohnheit sagte ich instinktiv: „Guten Tag!"

Ueberraschenderweise wirkte dieser Gruß auf alle Anwesenden wie ein empörendes Schimpfwort.

„So was von einem Rupnjack! Grünschnabel, verdammter! Hat man so etwas erlebt! Kommt einfach herein und sagt: „Guten Tag!" Scher dich raus, komm wieder herein, und benimm dich, wie es sich gehört!"

Ich begriff nichts, ging aber hinaus und kam dann zurück. Später sollte ich alles begreifen. Der Untergebene darf zum Vorgesetzten niemals als Erster „Guten Tag" sagen, sondern nur auf dessen Gruß mit der Formel: „Gesundheit wünsche ich, Herr Unteroffizier!" antworten.

Die dreizehn Insassen des Lazaretts waren zum größeren Teil Schwerkranke. Neben mir lagen drei Leute mit akuter eitriger Pleuritis, die bei allen genau den gleichen Verlauf nahm. Zwischen den Rippen waren bei ihnen Einschnitte vorgenommen worden, aus denen Drainagen zur Eiterabsonderung herausragten. Die Kranken lagen unbeweglich, atmeten schwer und husteten dumpf. Ihre Gesichter waren erdfarben und ausgemergelt. Die qualvolle und gefährliche Krankheit, die schmerzhafte und nervenaufreibende Drainage, das lange Liegen im Lazarett, all das ließ die Patienten wie Todeskandidaten wirken. Diese einfachen Bauernburschen, weder an das Kranksein noch an die ihnen unheimlichen ärztlichen Kunstgriffe gewohnt, faßten alles als Hexerei auf und waren von ihrem baldigen Tode überzeugt.

Etwas weiter ab lagen Kranke mit Lungenentzündung, Influenza, einer mit Skorbut, und am äußersten Ende der Baracke waren die Bettnässer untergebracht. Diese dienten dem ganzen Lazarett zur Erheiterung, den Aerzten, Sanitätsunteroffizieren und Kranken. Alle hielten sie für Simulanten, da unheilbare Bettnässer tatsächlich vom Militär entlassen wurden. Ihre Matratzen begannen ein paar Tage nach ihrer Einlieferung unerträglich zu stinken, und der Arzt befahl ihre Entfernung, so daß die Patienten ganz ohne Matratzen dalagen. Nachts wurden sie mehrere Male geweckt, aber immer war es schon zu spät.

Neben mir lag ein Patient mit einer phlegmonartigen Entzündung am Bein. Er war schon lange im Lazarett. Zufällig entdeckte ich das Geheimnis seiner anscheinenden Unheilbarkeit. Als ich eines Nachts auf die Toilette ging, sah ich ihn mit abgenommenem Verband. In den Händen hatte er einen Federhalter, den er so tief in den Phlegmongang einführte, daß nur noch die Feder selbst herausragte. Auf diese Weise riß er die, fast schon verheilte Wunde mit einem schmutzigen Holzchen wieder auf. Ich rief ganz empört:

„Was tust du da? Du machst dich ja selbst unglücklich, womöglich muß dir das Bein amputiert werden oder du stirbst an Blutvergiftung!"

Er bekam einen mächtigen Schrecken, weil er Angst hatte, ich würde ihn verraten. Ich beruhigte ihn, ließ mir aber von ihm versprechen, daß er dies Verfahren nie wieder anwenden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Onkel Schupo beschützt uns.

Polizeibeamte begleiten hoch zu Pferde Schulkinder.

Im Polizeirevier 161 in Zehlendorf liefen öfter Anzeigen ein, wonach Schulkinder der Volksschule Zehlendorf-Süd auf dem Schulwege von herumstrolchenden Gesellen in unangenehmster Weise belästigt wurden. Der Weg zur Schule führt zum Teil über ein abseits vom Verkehr gelegenes offenes Gelände, wo sich bekanntlich mit Vorliebe gefährliche „Kinderfreunde" herumzutreiben pflegen. Um nun den Eltern, die ja zumeist nicht über genügend freie Zeit verfügen, die Begleitung ihres Kindes abzunehmen, und sie auf diese Weise gleichzeitig der Sorge um die Belästigung ihres Kindes zu entheben, hat der Hauptmann des Reviers verfügt, daß allmorgendlich zum Schulbeginn, sowie mittags nach Schulschluß zwei berittene Polizeibeamte die Schulkinder begleiten. Morgens um die siebente Stunde sammelt sich die Gesellschaft kleiner Leute auf einem bestimmten Platz, wo sie von den beiden Schupo-Onkeln hoch zu Pferde in Empfang genommen und zur Schule begleitet werden. Nach Schulschluß trabt dann die fröhliche Eskorte wieder unter polizeilichem Schutz heimwärts.

So wird das Band zwischen Publikum und Polizei immer fester und immer deutlicher wird der Beweis erbracht, daß die Schupo die Pflichten des Schutzes der Bevölkerung in jeder Hinsicht in vorbildlicher Weise erfüllt.

Wenn die Schupo aufmarschiert!

Man schreibt uns:

Mit größter Freude konnte man bei dem ersten Aufziehen der Schupowache und dem anschließenden Platzkonzert auf dem Gendarmenmarkt feststellen, daß eine unübersehbare Menschenmenge diesem Aufmarsch beiwohnte. Dieser Umstand muß auf gewisse Kreise eine niederregende Wirkung gehabt haben. Auf einem die Linden passierenden Autobus konnte ich erlauschen, wie eine ältere Dame ihrem Ehegatten resigniert zuflüsterte: „Na, sieh dir das bloß mal an, soviel Menschen waren ja gar nicht unterwegs, wenn unser Kaiser kam!" Und kein Säulenplakat, keine Flugblätter, sondern nur kurze Zeitungsnotizen hatten diese begeisterte Menge auf die Beine gebracht. „Der Republik und der republikanischen Polizei ein dreifaches — Frei Heil!" so scholl es während einer Pause aus der Menge heraus und alles stimmte in diesen Hochruf ein. Als die beiden Lastwagen der Schupo, die zuvor von Zuhörern dicht besetzt waren, abrückten, erklangen wiederum kräftige Frei-Heil-Rufe.

Ein Jugendlicher auf Irrwegen

Er will sich das Leben nehmen oder ein Ding drehen.

Ein 20jähriger Bursche, blond, rotwangig, steht vor dem Schöffengericht Wedding. Er sieht gedrückt und gequält aus und spricht in seinem Berliner Dialekt kurz, abgehackt, sachlich, als wäre er mit sich und dem Leben ein für allemal fertig. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen die Waffennotverordnung, für Moabit eine alltägliche Angelegenheit. Aber dieser Jugendliche leidet unter seiner Tat. Der Vorsitzende bemüht sich natürlich um ihn. Es liegt ein Bericht der Sozialen Gerichtshilfe vor; ein Sachverständiger ist zugegen. Das alles wegen des Revolvers, der auf dem Tisch liegt? Was ist da los?

Hans ist trotz seiner Jugend schon ein Trinker. Er hat das von der Schlosserlehrstelle her. Der Meister war auch darin sein Lehrmeister. Seitdem kommt er nicht davon los, ist mit sich und der Welt entzweit, nimmt sich die Vorwürfe der Mutter sehr zu Herzen, ist aber außerstande, das Trinken zu lassen. Und eines Tages läßt er seine Arbeit liegen, entnimmt seinem letzten Wochenlohn 20 Mark, geht zu einem Bekannten, einem Erwachsenen, der ihm von einem Gastwirt einen Revolver besorgt. Zu Hause macht er aus dem Fenster Probeschüsse. Weitere Schießübungen nimmt er in den Rehbergen vor. Unterwegs trifft er einen Jugendfreund, der ihm Vorwürfe macht, daß er seine Arbeit aufgegeben hat. Er rät ihm, den Revolver fortzuwerfen oder ihn zur Polizei zu tragen. Am nächsten Tag treffen sich die Freunde wieder. Hans meint: „Heute drehe ich ein Ding; die Kommunisten haben am Krematorium eine Trauerfeier, vielleicht kommt es da zum Tumult, ich hole mir aus irgendeinem Lebensmittelladen Geld." Alle Vorhaltungen des Freundes nutzen nichts. Der Freund geht schließlich zur Polizei. Hans wird verhaftet und steht nun vor Gericht.

„Was machen Sie, wenn Sie rauskommen?" fragt der Vorsitzende, „gehen Sie dann zur Mutter zurück?" — „Nee, zur Mutter jeh ick nich mit die Strafe. Ick jeh in die Fremdenlegion." — „Schämen Sie sich", sagt der Vorsitzende, „wollen Sie Ihrer Mutter auch das noch antun? Ist sie denn nicht auf Ihre Hilfe angewiesen? Haben Sie nicht in der Schule das schöne Lied gelernt: ‚Wenn du noch eine Mutter hast'?" — „Ja." — „Na also, ich habe gar nicht von Ihnen den Eindruck, es wäre zu spät zur Umkehr. Und nun gar in die Fremdenlegion gehen." Nach dem Gutachten des Obermedizinalrates Dr. Wocker sagt der Vorsitzende: „Ja, was machen wir mit ihm? Wenn wir ihn jetzt herauslassen, so begeht er vielleicht irgendwelche Dummheiten." Der Obermedizinalrat meint, man sollte ihn vielleicht auf kurze Zeit in der Haft belassen, bis sich jemand seiner angenommen hat und für ihn Hilfe gefunden ist.

Das Gericht verurteilt den jungen Menschen zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe und läßt ihn vorläufig noch in Haft. Ueber die Zubilligung einer Bewährungsfrist soll erst entschieden werden, nachdem ihm von irgendeiner Seite richtige Hilfe wird. Das Bezirksamt wird sich seiner annehmen und ihm vielleicht den Weg zu einer Abstinentenvereinigung weisen. Unter gesunder Jugend wird auch Hans genesen und wenn er wieder Arbeit hat und guten Mutes ist, auch nicht mehr an Selbstmord, an „ein-Ding-drehen" oder an die Fremdenlegion denken.

Zeppelin wieder im Heimathafen.

Friedrichshafen, 29. März.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf kurz nach 16 Uhr von seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Die Landung erfolgte in Gegenwart einer großen Zuschauermenge um 16.35 Uhr glatt und ohne jeden Zwischenfall trotz ziemlich starken Weststurmes.

Hamburger Schnellzüge noch schneller!

Die Verlegung der Vorsignale auf der Strecke Berlin—Hamburg, die im Hinblick auf den geplanten Schnellverkehr mit Triebwagen erfolgt ist, ermöglicht auch eine wesentliche Beschleunigung der zwischen Berlin und Hamburg verkehrenden gewöhnlichen Schnellzüge, die schon im Sommerfahrplan ab 22. Mai durchgeführt wird. So wird bei den werktags verkehrenden FD-Zügen 23/24 die Reisedauer auf rund drei Stunden abgekürzt: ab Berlin Lehrter Bahnhof 18.03, an Hamburg 21.02; zurück ab Hamburg 7.12, an Berlin 10.12 Uhr. Der Schnellzug D 4 Berlin—Hamburg—Westerland wird bis Hamburg um 26 Minuten, bis Westerland um 41 Minuten beschleunigt. Schließlich wird der Schnellzug D 12 Berlin—Hamburg—Kiel bis Hamburg um 14 Minuten, bis Kiel um insgesamt 21 Minuten beschleunigt; ab Berlin Lehrter Bahnhof 19.55, an Hamburg 23.38, an Kiel 1.42 Uhr.

Heumarkt in Berlin N.

Zweimal wöchentlich ist Großkampftag am Gartenplatz.

Zweimal in der Woche ist Heumarkt in Berlin. Aber es ist an den Dienstagen und Freitagen nicht allzu viel zu sehen von diesem sonderlichen Markt, denn die Plätze sind still und abgeschieden, an denen die gedörrten Grashalme fuhrenweise feilgehalten werden. Im Norden ist es der Gartenplatz und im Osten der Küstriner Platz, früher kam noch der Süden mit dem Oranienplatz hinzu. Ein jeder Händler lobt seinen Markt: „Herr" — sagen die vom Gartenplatz — „bei uns ist das meiste Geschäft", und die vom Küstriner Platz sagen umgekehrt dasselbe. Nur wann zum ersten Male die hochgetürmten Heuwagen herbeifuhren, wann zum ersten Male die Molker und die Fuhrherren auf den Markt kamen, um die Atzung für ihr Vieh zu erstehen, das weiß so leicht niemand zu sagen, so wetterbraun auch die Stirn und so schlohweiß das Haar der alten Händler ist. Vor Jahrzehnten haben sie bereits auf dem Gartenplatz gestanden, ihre Väter mögen ebenfalls schon dort gestanden haben, aber immer war der Markt schon vor ihnen da.

So rücken seit erdenklichen Zeiten Dienstags und Freitags beim ersten Morgengrauen die Heuwagen auf die beiden großstädtischen Marktplätze und formieren sich in der sechsten Morgenstunde zu einer wunderlichen Prozession. Große und kleine Leiterwagen stehen dann in gerader Linie ausgerichtet da, groß, wenn sie 40 Zentner Heu geladen und klein, wenn sie nur 20 Zentner aufgetürmt haben. Der eine hat delikates Kleeheu auf den Markt gebracht, der andere nur durchschnittliches Wiesenheu; aber jeder wartet auf den Käufer. Dieses Kaufen ist Markt in seiner ursprünglichen Form: mehr Feilschen als Kaufen und erst aus den hin- und herfliegenden Worten der Bietenden und der Fordernden formt sich um die Mittagsstunde das Marktgesetz vom Preise. Den Schlußakt läuten die Glocken der Telephonapparate ein, wenn den Handelsredaktionen der Tageszeitungen die jeweilige Marktnotiz durchgegeben wird: Kleeheu 3,30—3,60 pro Zentner; Wiesenheu 2,40 bis 2,70 Mk. pro Zentner. Und wenn die Zeitungen auf der Straße sind, haben die arbeitslosen Karnickelzüchter von den Hinterhöfen freudloser Mietkasernen bereits Nachlese gehalten und den letzten verwehten Halm in ihre verschlissenen Salzsäcke gestopft.

Es nutzt den Molkereibesitzern und Fuhrherren nicht viel, wenn sie am frühen Morgen schon schimpfen und entrüstet die Forderungen der Heuhändler — die 2,80 Mk. für den Zentner kurzen Pferdeheus verlangen — zurückweisen. Laßt sie schimpfen, denken die Händler still für sich und wenden den Käufern nur den Rücken zu, wenn diese 2 Mk. für den Zentner bieten. Denn daß die Kühe der Molker das Heu brauchen, solange es bis in den Mai hinein kein frisches Gras gibt, das wissen die Händler nur zu gut. Und sie wissen noch weiter, daß früh zwischen 6 und 7 Uhr bereits die Fouragehändler kommen und sich die duftendsten, langstieligsten Ladungen sichern, so daß für den bis zum Mittag Zögernden nur noch das kürzeste Heu übrig bleiben wird. Das heißt, wenn es man übrig bleiben würde, denn Zug um Zug mag Wagen für Wagen weggehen, das Angebot wird knapp und knapper, und ehe des Molkers Kühe hungern, zahlt er um 12 Uhr mittags lieber einen blanken Taler für die letzte Fuhr Heu, die er vor einigen Stunden allerdings noch für 2,80 Mk. pro Zentner hätte haben können. Oder die Herzen der Molker bleiben hart wie Stein und niemand nimmt auch nur einen Arm voll Heu, um die Händler auf die Knie zu zwingen. Dann beginnen gegen Mittag die Händler zu rechnen, daß Berlin ein teures Pflaster ist, daß das Unterstellen der Wagen bis zum nächsten Markttag ein schweres Geld kostet, daß die Pferde Futter brauchen und die Leute Zehr- und Schlafgeld. Wie soll das bei einer 20-Zentner-Fuhre je herausgewirtschaftet werden und schließlich schlagen die Händler ein und geben den Zentner für 2,40 Mk. her. Der Markt, diese großartige Kulisse der kapitalistischen Wirtschaft, ist unberechenbar.

Wir sprachen immer von Händlern, nie von Bauern. Dabei sehen die Händler in ihren dicken Wämsern, den Schaftstiefeln und den Bauer-Bolte-Mützen wie waschechte Landleute aus und die Tafeln, die unter den Wagen baumeln und sagen, daß der Herr Darsow oder der Herr Eggert aus dem Havelland mit seinen fetten Wiesen kommt, scheinen diesen Eindruck nur zu beglaubigen. Aber selten nur kommt ein Bauer auf die Berliner Heumärkte. Der Bauer vielmehr gibt sein Heu dem Händler, der Händler bietet es feil, von ihm kauft es der Fouragehändler und von dem erst der Eishändler oder Hefekutscher für sein Pferd. Nur die Molkereibesitzer überspringen den Fouragehändler. Wer die Neigung dazu verspürt, kann also bereits beim Heu alle Stufen des Zwischenhandels studieren, der das Kreuz des Verbrauchers ist. Wer daraufhin die Händler fragt, die von den Wiesen der Brandenburger Mark das Heu gemächlich zu Markte karren, warum das die Bauern nicht selber machen, der erhält die etwas schnippische Antwort, die Bauern lägen zu gern im Bett. Das ist etwas zum Lachen, aber nicht die Wahrheit. Die sieht so aus: Wenn der Bauer, sagen wir aus der Ruppiner Gegend, Heu auf den Dienstag-Markt bringen wollte, müßte er Sonntag losfahren. Zwei Tage braucht er bis Berlin. Zwei weitere Tage brauchte er für den Rückweg und bestenfalls würde er Mittwoch zu später Stunde wieder auf seinen Hof gefahren kommen. Zum neuen Freitag-Markt käme er schon gar nicht mehr zurecht. Hier schalten sich die Heuhändler ein, kaufen auf und rollen Tag um Tag Berlin entgegen. Das ist ihr Beruf. Und da sie das Heu nicht pfundweise von den kunstvoll getürmten Heuwagen abgeben können, schaltet sich als Zweiter der Fouragehändler für den Detailverkauf ein. Dann kostet das Heu allerdings gut 4 Mk. pro Zentner. Und so sehr die Verbraucher über die Höhe des Heupreises greinen, so leicht beweisen haarscharf die Händler die Notwendigkeit ihrer Existenz. Und dem Beobachter bleibt nur übrig festzustellen, daß Theorie ohne Praxis eben nur ein schwankend Rohr im Winde ist.

Arbeitsbeschaffung und Siedlungsstraßenbau.

Eine Zuschrift aus Siedlerkreisen.

Von seiten der Regierung wird für dieses Frühjahr der Wohnstraßenbau in Siedlungen in den Vordergrund gestellt. Die Finanzierung ist dabei für den Siedler das wichtigste. Man trägt sich an amtlichen Stellen mit dem Plan, die Wohnstraßen in einer Breite von 11—12 Meter Breite anzulegen. Der Fahrdamm ist mit etwa 5½ Meter Breite gedacht. An Pflasterkosten sollen dafür etwa 68—75 M. entstehen, und zwar für den laufenden Meter der ganzen Fahrdammbreite. Da die Verteilung der Kosten auf den einzelnen Anlieger mit der halben Breite erfolgt, wären für den laufenden Meter Straßenpflasterung für jeden Anlieger etwa 34—37,50 M. in Anrechnung zu bringen.

Eine Beurteilung, ob der als zahlenmäßig nicht ungünstig erscheinende Preis auch tatsächlich günstig ist, kann nur erfolgen, wenn bekannt ist, welche Ausführung für die Bauarbeiten in Frage kommt. Es wird nötig sein, daß sich die Siedler und Behörden so in diesen Arbeiten zusammenschließen, um die Preise nach unten zu beeinflussen.

Die Aufbringung der Mittel des Straßenbaues soll zu einem Drittel vor Beginn der Arbeiten durch die Siedler und zu zwei Dritteln durch Zuschüsse von Reich und Staat erfolgen. Diese Zuschüsse sind im Laufe von etwa 20 Jahren rückzahlbar. Man hat dabei angenommen, daß monatlich etwa 3 M. zurückgezahlt werden müssen. Dieser Betrag würde einer Grundstücksfront von etwa 30 Meter entsprechen, wenn die Kosten, wie bei der bisherigen Verteilung der Anliegerkosten nach der Frontmeterzahl der Grundstücke umgelegt werden sollten. Untragbar wären aber in diesem Falle sofort alle Belastungen, die dadurch Eckgrundstücke, die nicht selten 90 und mehr Frontmeter in Siedlungsgeländen haben, erfahren würden. Hier kann nur die Berechnung nach der Größe der Grundstücke und ihrer Wirtschaftlichkeit erfolgen.

Ganz außer acht gelassen werden die vielen arbeitslosen Siedler, die in jeder Straße der Siedlungen Anlieger sind. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache scheint es so gut wie ausgeschlossen, daß auch nur in einer Siedlung auch nur eine Straße zu den in Aussicht genommenen Bedingungen gepflastert werden kann. Es dürfte demnach schon von vornherein feststehen, daß Aenderungen in dem Finanzierungsplan unvermeidlich sind.

Das Projekt selbst darf im Gesamtinteresse nicht an dem verlangten Drittel der Siedler scheitern. Vor allem die so notwendige Arbeitsbeschaffung erfordert es, daß alles getan wird, um zu einem fühlbaren Erfolg zu kommen. Sofern es sich um arbeitslose Siedler handelt und solche, die das geforderte Drittel infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht im voraus zahlen können, sollte ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, durch Mitarbeit an dem Bau ihrer Straße die auf sie entfallenden Kosten zu verringern. Darüber hinaus dürfte es sich nicht umgehen lassen, dann noch verbleibende Restbeiträge des erwähnten Drittels mit zu bevorschussen und in einer entsprechend verlängerten Zeit zu tilgen. Würde hiernach verfahren werden, so wäre auch sicher das im allgemeinen Interesse liegende Ziel erreichbar.

Wohlfahrtsbriefmarken bis 31. März.

Am 31. März hört der Verkauf der Wohlfahrtsbriefmarken dieses Winters auf. Jeder, der noch mit kleinen Beträgen den vielen Notleidenden hülfen will und kann, wird daher herzlich gebeten, sich jetzt einen Vorrat an Wohlfahrtsbriefmarken zu kaufen, die bis zum 31. August zur Frankierung aller Postsendungen gültig bleiben.

Dem Gedächtnis Friedrich Fröbels.

Reichsfeier in Blankenburg in Thüringen.

Bad Blankenburg (Thür.), 29. März.

Am Oster-Dienstag wurde mit einer Morgenfeier in der Stadthalle zu Blankenburg (Thüringen) unter starker Beteiligung die Reichs-Fröbel-Feier eröffnet, die aus Anlaß des 150. Geburtstages von Friedrich Fröbel, dem Vater des „Kindergartens", in der Stadt, in der er 1839 den ersten Kindergarten begründete, stattfindet. Zu der Feier, an der rund 250 Pädagogen teilnehmen, haben verschiedene Lehranstalten des Auslandes Vertreter entsandt, und zwar Dänemark, Schweden, Holland, die Schweiz und Oesterreich. Die Fröbel-Feiern in Bad Blankenburg dauern bis zum 2. April d. J. und bringen Vorträge über die Bedeutung Fröbels in bezug auf die Gegenwart und Besichtigungen der Fröbelstätten in Thüringen. 80 Blankenburger Familien haben im Rahmen der Feier eine kleine Ausstellung in der Stadthalle geschaffen, die das Milieu der Fröbelzeit veranschaulicht und eine Anzahl von Briefen und persönlichen Gedenkstücken Friedrich Fröbels enthält. Eine Sonderschau zeigt die Entwicklung von Fröbels Spielgaben in 60 Jahren.

Die Obduktion der Leiche des Zimmermannes Schulz aus der Wühlischstraße, der bei einem Streit mit seinem Freund Kelm ums Leben gekommen war, fand gestern nachmittag im Schauhaus statt. Die Sektion der Leiche ergab, daß der Tod durch einen Schädelbruch verursacht worden war. Schulz hatte einen unglücklichen Fall getan und war mit dem Kopf auf den Steinboden geschlagen. Der Mann hatte einen Rucksack getragen, so daß der Fall dadurch nicht abgeschächt wurde. Ein blaues Auge, daß der Maurer Kelm davongetragen hatte, zeugt davon, daß zwischen den Männern tatsächlich ein Streit entstanden war, der in Tätlichkeiten ausartete. Kelm wurde aus der Haft entlassen. Die Akten werden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Wieder Markenheftchen. Zum Preise von zwei Mark sollen demnächst wieder Markenheftchen ausgegeben werden. Die Heftchen enthalten neun Briefmarken zu vier Pfennig, vier zu fünf Pfennig, acht zu sechs Pfennig und acht zu zwölf Pfennig.

Japanischer Flieger tödlich verunglückt. Ein Flugzeug ist mit Nagoya, einem der beiden japanischen Offiziere, die von den Vereinigten Staaten nach Tokio fliegen wollten, bei einem Probeflug in Bennetfield im Staate New York abgestürzt. Nagoya wurde getötet.

...die Frühstückssemmel umsonst — lieber Kaffeetrinker!

Wer ⅓ Bohnenkaffee mit ⅔ Kathreiner mischt — spart schon an einer einzigen Tasse fast soviel, als eine Semmel kostet.

Gäbe es noch keinen Kathreiner, dann müßte er jetzt geschaffen werden!

Dem Wohl des Fußgängers.

Aus der Geschichte des Berliner Bürgersteiges.

Ungefähr hundert Jahre sind es jetzt her, daß Berlin damit begann, allgemein die granitenen Bürgersteige einzuführen. Länger besteht diese Einrichtung noch nicht.

Die ersten Anfänge dazu liegen in den Jahren 1824 und 1825, wo einige Behörden und auch wohlhabende Bürger vor ihren Grundstücken Granittrottoire legen ließen. Einige der ersten waren die Weinstubenbesitzer Lutter und Wegener, Ecke Charlottenstraße und Französische Straße. Um aber diese Wohltat den Bürgern überall zugänglich zu machen, bestimmt eine Kabinettsorder vom 18. Mai 1828, daß überall, wo nach sachverständigem Ermessen eine Reparatur der Bürgersteige notwendig wurde, die Hausbesitzer anzuhalten seien, Trottoirs von Granitplatten, auf drei Fuß Breite, anzulegen. Dasselbe sollte vor jedem Neubau und bei jedem Hausverkauf geschehen.

Der Erfolg dieser Verfügung war nicht durchgreifend, da es auch viele Hausbesitzer gab, denen die Mittel dazu fehlten. Um aber doch eine einheitliche Durchführung erreichen zu können, bestimmte im Jahre 1829 der Berliner Magistrat, daß jährlich 10 000 Taler aus dem Hundesteuerertrag dazu zu verwenden seien, den Hauseigentümern zwei Drittel der Trottoirkosten zuzuwenden, so daß diese nur ein Drittel aus eigenen Mitteln zu zahlen hätten. Das neue Gesetz über die „Anlegung der Granitbahnen auf den Bürgersteigen in den Straßen der Residenz Berlin" enthielt nun u. a. folgende Bestimmungen: Zur Anlegung von Granitbahnen sind verpflichtet die Eigentümer der Grundstücke in denjenigen Straßen, welche die Behörde alljährlich bestimmt, und die Eigentümer, welche neue Gebäude errichten. Die Unterhaltung dieser Granitbahnen liegt den Eigentümern ob. Eine Unterbrechung der Granitbahn darf nur vor den Einfahrten zu den Grundstücken stattfinden. Die Länge dieses Zwischenraumes darf aber höchstens 8 Fuß betragen, und die Pflasterung desselben darf nur mit Steinen, nach Lütticher Art bearbeitet, bewirkt werden. Alljährlich bezeichnet das Kgl. Polizei-Präsidium diejenigen Straßen, in denen die Bürgersteige mit Granitplatten zu belegen sind. Bei denjenigen Grundstücken, deren Eigentümer die Legung der Granitbahn nicht bewirkt haben, wird solche im Wege der Exekution auf ihre Gefahr und Kosten zur Ausführung gebracht. Der Magistrat kann Zahlungsfristen bewilligen und seine Forderung exekutivisch einziehen oder hypothekarisch auf das Grundstück eintragen lassen usw.

Für die Granittrottoire bediente man sich fast durchgängig inländischen Materials; die meisten Platten kamen vom Zobten und aus den Striegauer Brüchen. Als im Jahre 1824 die ersten Trottoirs gelegt wurden, zahlte man für einen Quadratfuß rohen Materials aus sächsischem Granit 14 Silbergroschen, und mit den Kosten für Anfuhr und Verlegen kam er auf 16 Silbergroschen 6 Pf. zu stehen. Aus Oderberger Granit konnten die Kosten auf 22 Silbergroschen 6 Pf. angenommen werden. Wie bedeutend sich die Preise infolge der Konkurrenz der einzelnen Steinbrüche ermäßigten, sieht man daran, daß einzelne Unternehmer 1838 bereits den Quadratfuß mit 9 Silbergroschen 6 Pf. mit Striegauer Platten belegten.

Zehn Jahre unter falschem Namen.

Die Lebenstragödie eines entsprungenen Zuchthäuslers.

Was tut ein vielfach vorbestrafter Mensch, ein Zuchthäusler, der während eines Transports seinen Wächtern entspringt und unter seine Vergangenheit einen Strich machen und ein neues Leben beginnen will? Er verschafft sich einen Paß unter einem fremden Namen und ist von nun an für die Behörden ein anderer. Bis der Zufall eines Tages dem gefährlichen Spiel ein Ende macht.

Etwa vor zehn Wochen wurden zwei Personen beim verdächtigen Hantieren mit einem Auto beobachtet. Die Polizei brachte sie aufs Polizeirevier. Der eine von den beiden mußte da bleiben, obgleich seine Papiere in Ordnung schienen. Seine Fingerabdrücke im Polizeipräsidium ergaben, daß er nicht die Person sein konnte, auf die sein Paß lautet. Er war in Wahrheit der zwölfmal vorbestrafte W. Auf einem Transport aus dem Hamburger Zuchthaus in Fuhlsbüttel, wo er eine Zuchthausstrafe verbüßte, lief er seinen Wächtern davon, ging nach Köln, erfuhr dort von einem Bekannten die Personalien eines gewissen Hackenfeld und besorgte sich einen Paß auf dessen Namen. Seitdem lebte er als Juwelenhändler in Berlin. Als Hackenfeld ließ er sich einen Gewerbeschein ausstellen. Im Herbst v. J. war er vollkommen mittellos und erklärte sich bereit, einem Bekannten bei dem Verkauf eines Autos behilflich zu sein. So wurde seinem Spiel mit dem falschen Namen ein Ende gemacht.

Vor Gericht bestritt er, gewußt zu haben, daß das Auto gestohlen war. Er war froh, endlich seinen früheren Namen wieder tragen zu dürfen. Was hätte er nach seiner Flucht anderes tun sollen? Nach Verbüßung der Zuchthausstrafe wäre für ihn ein geordnetes Leben unmöglich gewesen. Sollte er denn sein Leben lang für seine Jugendtorheiten büßen? Als Fünfzehnjähriger erlitt er unschuldig wegen Gemeinheit seines Arbeitskollegen die erste Strafe. So fing es an und dann folgte eine Strafe nach der anderen. Er führte ein unstetes Leben und wer weiß, wie lange das gegangen wäre, wenn er nicht den falschen Namen angenommen hätte.

Das Gericht verurteilte W. wegen Hehlerei, Führung eines falschen Namen und dergleichen mehr zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Aus der alten Strafe hat er noch 178 Tage zu verbüßen; das sind im ganzen ein Jahr neun Monate Gefängnis. Für das neue Leben unter altem Namen kein guter Anfang!

Die internationale Sprache.

Esperanto und sozialistische Arbeiterschaft.

Erfreulicherweise wächst das Interesse der Arbeiterschaft an der internationalen Hilfssprache. Trotz der schweren Wirtschaftskrise ist im vergangenen Jahr die Loslösung der sozialistischen Esperantistenschaft vom Arbeiter-Esperanto-Bund durchgeführt worden. Dieser Bund ist eine Filiale der Kommunistischen Partei geworden, Sozialisten haben in ihm nichts mehr zu suchen. Sie gehören in den Sozialistischen Esperanto-Bund.

Der Sozialistische Esperanto-Bund ist mit dem Oesterreichischen Arbeiter-Esperanto-Bund eine Art Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Da das Arbeitsfeld beider Bünde deutsche Sprachgebiete umfaßt, ergibt sich die Möglichkeit einer gewissen Zusammenarbeit. Es ist eine gemeinsame Zeitung geschaffen worden, „La Socialisto". Ein Liederbuch wird ebenfalls gemeinsam herausgegeben. Es ist zu hoffen, daß aus dieser jetzt teilweisen Zusammenarbeit im Laufe der Zeit eine engere Verbindung entsteht.

International ist die Lage noch nicht ganz klar. Die internationale Organisation — Sennacieca Asocio Tutmonda — ist keine Zentrale der Länderorganisationen, sondern besteht aus Einzelmitgliedern. Diese Organisationsform war richtig und annehmbar, so lange im SAT. Angehörige verschiedener Parteirichtungen vereinigt waren, und — so lange die gemeinsame Arbeit möglich war. Das aber ist eben nicht mehr möglich. Glücklicherweise hatten die Kommunisten im vergangenen Jahr auf dem Kongreß von Amsterdam kein Glück, sie blieben in einer hoffnungslosen Minderheit und bereiten sich jetzt darauf vor, eine kommunistische Esperanto-Internationale zu gründen. Sie haben es also aufgegeben, SAT. zu erobern.

Der diesjährige Kongreß der Sennacieca Asocio Tutmonda findet in Deutschland statt, und zwar in Stuttgart. Es wird Aufgabe der sozialistischen Esperantisten sein, ihre jetzige zahlenmäßige Ueberlegenheit auszunutzen und sich in der internationalen Organisation die Stellung zu sichern, die ihnen zukommt.

Die Berliner Anschrift ist: Sozialista Esperanto Asocio-Germanio (A. Sproeck), Berlin N. 58, Choriner Str. 45.

Achtung! Erweiterter Bezirksvorstand!

Mittwoch, den 30. März, pünktlich 18½ Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen

Sitzung des Erweiterten Bezirksvorstandes

Das Erscheinen sämtlicher Bezirksvorstandsmitglieder ist dringend erforderlich.

DER BEZIRKSVORSTAND.

Sie will ihr Stübchen haben.

Sonst zerschlägt sie alle erreichbaren Scheiben.

Eine eigentümliche Rache hat sich die 45 Jahre alte Frau Elise L. ausgedacht. Vor nicht allzulanger Zeit hatte sie eine bescheidene Kellerwohnung, in der sie hauste. Sie lebte von der Wohlfahrt und diese bezahlte auch die Miete. Da aus Gesundheitsgründen die Wohnung geschlossen werden mußte, brachte man die Frau L. in der Frauenabteilung des Asyls in der Fröbelstraße unter. Dadurch fühlt sich nun die Frau zurückgesetzt und protestierte gegen diese angebliche Ungerechtigkeit auf ihre Art: Sie ergreift einen Schrubber oder sonst einen Gegenstand und schlägt damit im Asyl die Fensterscheiben ein. Es erfolgt dann eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und die L. wird dem Richter zugeführt. Erhält sie Bewährungsfrist, geht sie gleich wieder nach der Fröbelstraße und schlägt wieder einige Scheiben ein. Wird sie zu einer Haftstrafe verurteilt, so sitzt sie sie ab. Am ersten Tag ihrer Freiheit protestiert sie wieder durch Einschlagen von Fensterscheiben. So geht es hin und her. Bereits viermal hat sie vor dem Richter gestanden. Am Dienstag wurde sie entlassen und am Abend bereits ins Polizeipräsidium wieder eingeliefert. Sie hatte schon wieder die Scheiben eingeschlagen.

Die Frau fordert eine eigene kleine Stube, für die die Wohlfahrt die Miete bezahlen soll.

Rechtsentscheid des Kammergerichts in Mieterschutzsachen. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt folgenden Rechtsentscheid des Kammergerichts in Mieterschutzsachen mit:

Waren Räume für die Zeit vom 1. Juli 1914 ab nicht vermietet, so ist die Friedensmiete nicht festzustellen, sondern festzusetzen. Dies gilt auch dann, wenn die Räume sowohl vor als auch nach dem 1. Juli 1914 für denselben Mietzins vermietet waren und die Umstände dafür sprechen, daß dieser Mietzins auch für eine mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart worden wäre.

Sozialpolitisches Seminar (Wirtschaftsschule) an der Deutschen Hochschule für Politik. Das Sozialpolitische Seminar nimmt zum Sommersemester wieder Hörer für seinen neu beginnenden Lehrgang auf. Der Lehrgang erstreckt sich über vier Semester und will Arbeitern und Angestellten die sachlichen Kenntnisse auf arbeitsrechtlichem, sozialem und wirtschaftspolitischem Gebiet vermitteln, die für eine erfolgreiche Ausübung der wirtschaftsdemokratischen Funktion in Betrieben und Gewerkschaften erforderlich sind. Das Vorlesungsverzeichnis ist im Sekretariat der Hochschule, Berlin W 56, Schinkelplatz 6, erhältlich. Anmeldungen mit Lebenslauf sind bis Mitte April ebendorthin zu senden. Die Vorlesungen beginnen am 25. April 1932.

Zwei Kinder verbrannt. In Abwesenheit ihrer Eltern verbrannten in Ganderkesee bei Bremen zwei Kinder. Sie hatten mit Streichhölzern gespielt...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".
Geschäftsstelle: Berlin C. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.
Jungbanner Berlin! Kreisführer, Ortsvereinsführer und Stellvertreter. Nächste Zusammenkunft im Gaubüro am Mittwoch, 6. April.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.
Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.
Fichte-Georgiaia 1879. Die Uebungsstunden finden von jetzt ab regelmäßig Donnerstags, 20 Uhr, in der Aula des Königstädtischen Realgymnasiums, Elisabethstr. 37—38, statt. — Neuköllner Sängerchor. Zur Begrüßung der Generalversammlung des Gaues treffen sich die Sänger am kommenden Sonntag, pünktlich 8¾ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Freie Arbeiter-Stenographenvereinigung Groß-Berlin. Reichskurzschriftkurse für Fortgeschrittene. Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210. 50 bis 90 Silben jeden Dienstag, 140 bis 220 Silben Redeschrift jeden Donnerstag, 100 bis 140 Silben jeden Freitag, 19½ Uhr. — Nordosten: Gemeindeschule Senefelderstr. 6, 60 bis 100 Silben jeden Dienstag, 20 Uhr. — Norden I: Jugendheim Wildenowstr. 5 (nahe Bahnhof Wedding), 140 bis 200 Silben Redeschrift jeden Donnerstag, 19½ Uhr. — Norden II: Gemeindeschule Schulstr. 39, 60 bis 100 Silben jeden Montag, 19½ Uhr. — Beitrag 1,50 M. für Erwachsene, 1 M. für Jugendliche, 50 Pf. für Erwerbslose, 10 Pf. für Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger monatlich. Weitere Auskunft erteilt Otto Wenghofer, Vorsitzender, Berlin-Britz, Wilhelmstr. 16a. Zu allen Kursen sind Gäste willkommen.

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104: Heute 20¼ Uhr spricht Mrs. Thea Brinckmann über die Nobelpreisträgerin „Jane Adams: Some thing about her life and work". Gäste willkommen.

Aus der Partei.

Ho-ruck nach links! Mit diesem Zuruf schließt der sozialdemokratische Wahlaufruf zu den Gemeinde- und Landtagswahlen, die am 24. April in Wien und anderen Ländern der Republik Deutschösterreich vorzunehmen sind. „Ho-ruck" bedeutet „Hebe und rücke"; es ist der ständige Temporuf bei entsprechend gemeinsamer schwerer Körperarbeit. Wohl zum erstenmal ist hier ein allbekanntes Wort aus der Arbeitersprache zum Wahlkampfmotto genommen worden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis Mitte. Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Kreisbildungsausschußsitzung bei Brandis, Stralauer Str. 10.
7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, 31. März, engerer Vorstand und Abteilungsleiter im Jugendheim Rosinenstr. 4.
13. Kreis Tempelhof. Donnerstag, 31. März. Wir empfehlen den Genossinnen den Besuch des Vortrages des Sportarztes Dr. Kreuz: „Der Wert der Leibesübungen". Bei Pommerening, Tempelhof, Berliner Str. 100.
15. Kreis Treptow. Donnerstag, 31. März, Kreisvorstandssitzung mit Bezirkstagsdelegierten an bekannter Stelle.
3. Abt. Donnerstag, 31. März, 19 Uhr, Quartalsabrechnung sämtlicher Bezirksführer bei Borlik, Sebastianstr. 38.
19. Abt. Mittwoch, 30. März, bei Münzberg, Stettiner Str. 32, Zusammenkunft der jungen Parteigenossen der 19. Abteilung.
27. Abt. Donnerstag, 31. März, Funktionärsitzung im Sportrestaurant.
35. Abt. Heute, Mittwoch, 30. März, Mitgliederversammlung im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 113. Referent: Walter Pahl. Thema: Vom 2. Wahlgang zur Preußenwahl.
36. Abt. Mittwoch, 30. März, Funktionärsitzung bei Busch, Lilliter Str. 27.
38. Abt. Freitag, 1. April, Funktionärsitzung bei Franzen, Kalckreuthstr. 3.
81. Abt. Friedenau. Mittwoch, 30. März, 19½ Uhr. Die Vertreter zum Kreisleitertag treffen sich zu einer Besprechung vor der Mitgliederversammlung.
99. Abt. Mittwoch, 30. März, Mitgliederversammlung nicht in der Idealhalle, sondern in Beckers Gesellschaftshaus, Brin. Chausseestr. 97.
99a. Abt. Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Gruppe junger Sozialdemokraten. Wir kommen heute abend in der Halle am Hufeisen zusammen. Thema: Die preußischen Landtagswahlen.
104. Abt. Funktionärsitzung Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, bei Pump, Hasselwerderstr. 12. Wahlvorsteher und Stellvertreter müssen erscheinen.
108. Abt. Donnerstag, 31. März, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Stippekohl, Schönerlinder Str. 5. 19 Uhr Vorstandssitzung ebenda.
133. Abt. Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaehne, Berliner Str. 89. Vortrag: Wahltechnik und Taktik. Referent: Stadtrat Johannes Hiege.
134. Abt. Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Arbeitskreis jüngerer Parteigenossen bei Tonnet. Referent: Theodor Kozur.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.
Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, II.
Kreis Neukölln. Zu der heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Heim Kanner Straße stattfindenden Jüngerenversammlung der SAJ. kommen alle Rote-Falken-Helfer mit den Gruppen. Interessierte Genossen ebenfalls. — Abt. Sturmfalke. Morgen, Donnerstag, 8 Uhr, Bahnhof Neukölln. Treffpunkt zur Fahrt nach Uetzdorf. Schlafsack und Kulturbeutel mitbringen.

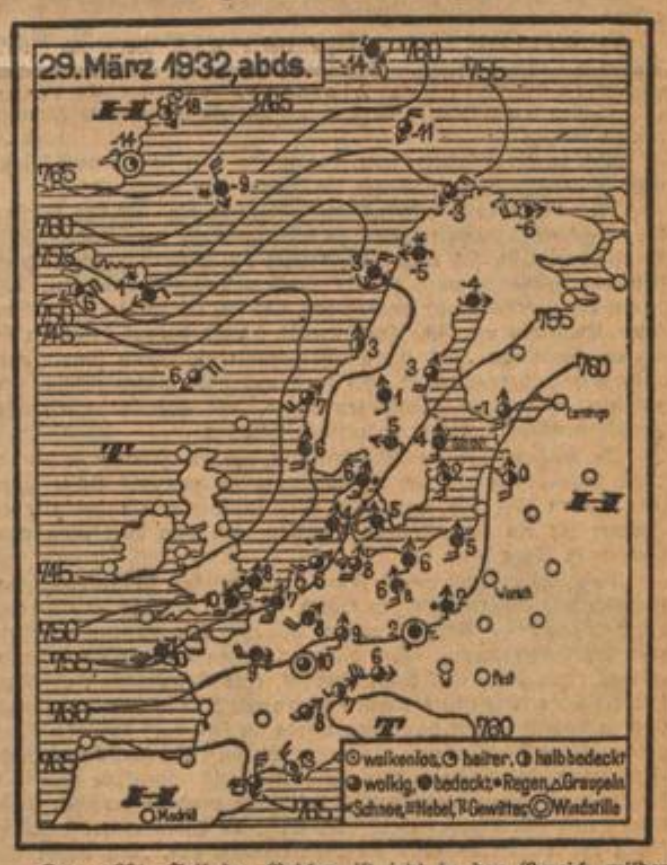
Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Werbebezirk Neukölln: Heute, 18—19½ Uhr, Sprechstunde in der Ganghoferstraße. Alle jüngeren Genossen gehen zur Jüngerenversammlung, welche gemeinsam mit den Kinderfreunden durchgeführt wird. Beginn 19½ Uhr im Vortragssaal Kanner Straße.

Werbebezirk Prenzlauer Berg. Der Kursus Lau tagt wieder heute, 20 Uhr, in der Sonnenburger Str. 20.

Allgemeine Wetterlage.



Der größte Teil des Reiches ist jetzt in den Bereich milder, feuchter ozeanischer Luftmassen gelangt, die auf der Süd- und Südostseite einer bei Schottland gelegenen Depression ostwärts vordringen. Die Temperaturen hatten daher am Dienstag vielfach übernormale Werte, im Westen des Reiches waren Höchsttemperaturen von 10 Grad und darüber keine Seltenheit. In dem westlichen Luftstrom schwimmen Schlechtwettergebiete ostwärts, die durch Zonen etwas besseren Wetters getrennt sind. Ein ausgedehntes Niederschlagsgebiet ist am Dienstagabend am Kanal zu erkennen; es dürfte später auch unseren Bezirk streifen.

*

Wetteraussichten für Berlin. Nach Wetterbesserung später wieder Eintrübung mit Niederschlagsneigung, mild, auffrischende südliche bis südwestliche Winde. — **Für Deutschland.** Im Süden Wetterbesserung, im Westen und in Mitteldeutschland nach Bewölkungsabnahme neue Wetterverschlechterung, im Osten meist bewölkt, aber ohne wesentliche Niederschläge, in keinem Teile des Reiches nennenswerte Nachtfröste.

Zum Schutz gegen Halsentzündung und Erkältung
Panflavin-Pastillen
BAYER

Vergleiche! OPEL - der zuverlässigere Wagen!
SCHON VON RM 1890 AN, AB WERK.

Iwan Heilbut: Abenteuer in Berlin

Sie waren Freunde auf Grund einer gemeinsam verlebten Kindheit in der kleinen hessischen Provinzstadt. Sie waren nun Schicksalsgenossen auf Grund ihrer gemeinsamen Arbeitslosigkeit. Sie hatten beide die gleichen Interessen — Wanderungen, Radfernfahrten. Nur ihre Berufe waren verschieden. Zwar hatte das gleiche Interesse am Aufschwung ihres technischen Zeitalters beide in eine Autofirma geführt — aber während es Henrys Aufgabe war, schon als Lehrling den interessierten Käufern die Autos vorzufahren und anzupreisen, bestand die Arbeit Emils in der Reparatur. Der Wirtschaftskrise Rechnung tragend, hatte sich die Firma letzthin auf den Ankauf alter Autos und deren Verkauf mit Nutzen spezialisiert. Jedoch eines Tages war sie bankrott, und Henry und Emil sahen sich an: Was nun?

Einige Wochen hatten sie das tatenlose Leben ausgehalten. Dann machten sie ihre Fahrräder zu Gelde.

„Ich mag's!" sagte Henry.

„Ich mag's auch!" sagte Emil. Und er buckelte den Rücken und sah fast gradeaus, als sähe er das Ziel seiner Fernfahrt. Achtzehn Jahre war er im letzten Juni geworden. — Sie gaben sich kurz und fest die Hand und verbrachten beide die Nacht ohne Schlaf. Neben den Stuben der Söhne schliefen die Eltern. Sie ließen sich nicht träumen, welche Abenteuer sich hinter der Wand in den Söhnen vorbereiteten.

Am nächsten Abend um elf trafen sie sich auf dem Bahnhof. Die Mützen tief in die Stirn gerückt, die Kragen hoch, marteten sie mit einem unruhigen Gefühl unterm Magen auf den Zug. Ihre Eltern, die sich um diese Zeit zu Bett begaben, glaubten ihre Söhne in der sicheren Atmosphäre einer Versammlung ehemaliger Schulkameraden.

Später standen sie beide am Fenster und sahen über die Landschaft hinaus, die in Dunkel und Nebel verschwamm. Ihre Heimatstadt war den Augen entrückt. Sie konnten nicht umhin, stillschweigend an ihre Eltern zu denken. Mit den Vätern hatten sie weniger Mitleid, die würden fluchen. Aber die Mütter . . . die würden weinen. Henry hatte seinen Abschiedsbrief in den Brotkasten obenauf gelegt, Emil den seinen dem Vater in die Mütze gesteckt. — Nach Mitternacht setzten sie sich auf einen der Schloßkörbe zwischen schnarchende Reisende. Sie taten das Gesicht zwischen die Hände, und bei dem immer gleichratternden Takt der Räder auf den Schienen nebelte Bild auf Bild durch's Gefühl.

Als sie erwachten, merkten sie, die Morgendämmerung war nahe. Ein Nachbar aß einen Bückling und Brot, das Taschenmesser triefte von Fett. Auch Henry und Emil verspürten lebhaften Hunger. „Später", ermahnten sie einander, „in Berlin."

Genau um Mittag kamen sie dort an. Vor dem Anhalter Bahnhof lüftete Henry einem Dienstmann gegenüber die Mütze.

„Wohin geht's da hinaus?"

„Zum Potsdamer Platz."

„Das ist eine berühmte Gegend", sagte Henry. Der Kollege des Dienstmanns fragte: „Wat saachta? Wat willa?" — „Und da hinaus?" fragte Henry. — „Zum Halleschen Tor."

„Wir suchen hier Arbeit", fing Emil nun an. Darauf kratzten sich beide Dienstmänner wie auf Verabredung unter den Mützen.

„Habt ihr das Geld zur Rückfahrt nach Hause?" fragte der eine.

„Wenn ja, dann rate ick, jleich wieder retour", ergänzte der andere.

Bei solchen Ratschlägen mußte einem ja der Mut und die Moral abhanden kommen, fand Henry. Deshalb fragte er so hochmütig wie möglich:

„Wissen Sie nicht eine Gegend, wo wir ein ordentliches Zimmer mieten können?"

„Och ja, die Wilhelmstraße, das ist 'ne janz jute Gegend," antwortete der eine, „wenn Ihnen die Straße jenug ist."

„Wir sind nicht so anspruchsvoll", sagte Henry. Er ließ sich den Weg beschreiben; dann sagten sie „Grüß Gott, und während die Dienstmänner, die sich noch immer unter den Mützen kratzten, ihnen stumm nachsahen, gingen sie die Stresemannstraße hinunter. Sie kamen an einem Theater vorbei, das, um sich ein wenig zu brüsten, einen Baldachin vor sich hinausstreckte. Bald darauf befanden sie sich am Halleschen Tor. Es wurde verwirrend. Man konnte nach links und nach rechts, und nach vorn und nach hinten weiter, und zwischen diesen vier Richtungen lagen, wie auf der Strichrose, Zwischenrichtungen, lauter bedeutende Straßen.

Sie gingen durch die Wilhelmstraße, um ein Zimmer zu finden. „Wir haben dreißig Mark einundfünfzig im ganzen," stellte Emil fest, „davon läßt sich wohl auch hier in Berlin ein bescheidenes Zimmer für ein paar Wochen bezahlen; von dem Rest kann man noch einige Tage leben."

Im Schaufenster eines Friseurs stand zwischen Reklameplakaten, Flaschen und Seifenrollen ein Schild. — „Ein Friseur ist ein reinlicher Mann." — Und sie gingen hinein. Der Friseur arbeitete eben im Seifenschaum. Das Zimmer, neben dem Laden gelegen, enthielt einen Tisch und einen Schrank, eine Nähmaschine, ein Bett und ein Sofa. Alle Gelegenheiten waren mit Rippes und Terrakottafiguren bestellt. „Auf dem Sofa werde ich schlafen," bemerkte Emil zu der Frau des Friseurs, „nämlich ich bin leidenschaftlicher Radfernfahrer und habe daher sehr harte Knochen." Am Ende kam noch der kleine Friseur, Herr Pfaff; sein Wesen pendelte zwischen Mißtrauen und Zuvorkommenheit. Als Emil die Wochenmiete bezahlte, schlug der Pendel vollends zur Zufriedenheit aus. „Ich werde Sie zum halben Preise rasieren", versicherte er und verschwand in den Laden.

„So, jetzt geht's los," sagte Emil, den Rücken gebuckelt, als säße er auf seinem versetzten Fahrrad, „jetzt suchen wir Arbeit."

„Ja," sagte Henry, „jeder für sich."

Und sie suchten die Arbeit und fanden sie nicht.

Aber da sie nun in der Nähe des Zeitungsviertels wohnten und täglich an den großen Gebäuden vorbeikamen, in denen nicht nur mächtige Papierballen, sondern auch Geist benötigt wurde, kam Henry, der sich früher schon manchmal mit solchen Sachen beschäftigt hatte, auf den Einfall, ein Gedicht zu machen. In seiner Heimatstadt hatte er ein hübsches Mädchen, an das er, trotz seiner Not, öfters denken mußte. Und von diesem Mädchen sollte das Gedicht handeln. Wenn es fertig wäre, wollte er es an eine Zeitung verkaufen, erstens wollte er damit Geld verdienen, zum anderen aber wollte er die Beilage an seinen Schatz nach Hause senden.

In der Nacht stand Henry leise auf, Emil lag schlafend im Bett. Henry suchte nach Papier und fand endlich das Innere des Schrankes von Frau Pfaff mit gelben Bogen belegt. Er setzte sich an die Nähmaschine, stieß die Bleistiftspitze entschieden auf die Zunge und begann. Der gelbe Bogen füllte sich unter seinen großen Buchstaben zusehends. Emil schlief immer weiter, Henry war schon bei der fünften Strophe.

Plötzlich klopfte es. Dem Dichter stand der Herzschlag still. Die Hand mit dem Bleistift blieb wie von Stein in der Luft.

„Wer ist da?"

„Pfaff", antwortete gedämpft eine Stimme. „Sie haben sich doch nicht ein junges Mädchen eingeladen?"

„Was ist denn los?" fuhr Emil wie ein Stehaufmännchen aus dem Schlaf heraus und saß wie ein senkrechter Winkel da.

„Sei still," sagte Henry, „er hält dich sonst für ein junges Mädchen."

„Ich hab' gerade von einem geträumt, und von was für einem", knurrte Emil und lag schon wieder als gestreckter Winkel auf dem Ohr.

„Was tun Sie denn noch bei Licht so spät in der Nacht?" fragte draußen der Friseur.

„Ich dichte." Emil saß wieder mit offenem Munde als rechter Winkel im Bett.

Darauf trat eine Pause ein. Aber die Antwort, die Henry ihm gegeben hatte, schien dem Friseur wie keine andere einzuleuchten.

„Dann muß ich aber vier Mark im Monat für die Lichtrechnung haben", verlangte er, halb melancholisch, halb drohend.

„Schön", sagte Henry. Der Friseur wurde weich. „Ich habe auch einmal gedichtet," schmunzelte er hinter der Tür, „früher. Ich kenne das auch. Aber wenn man erst seine Frau hat, ist all das nicht mehr nötig. Und leider macht Dichten ja auch die Lichtrechnung teuer. Was meinen Sie, wenn ich von den jungen Damen, denen ich Herrenschnitt schneide, sonst alles dichten könnte! Ja, ja!" Damit ging er in seinen leisen Pantoffeln ab.

„Was tust du da?" fragte Emil vom Bett her, mit einem Ausdruck, als hätte er einen Schlag auf's Ohr bekommen.

„Ich dichte!" sagte Henry von der Nähmaschine her. „Ein Gedicht ist eine viel nützlichere Sache als du denkst, denn wenn es gedruckt wird, dann wird's auch bezahlt."

„Wieviel hast du schon fertig?" fragte Emil, dem die Sache zu interessieren begann.

„Ich bin noch beim ersten, Strophe fünf."

„Kann ich dir helfen?"

„Sag mir einmal einen guten Reim auf ‚beginnen'!"

Emil murmelte in Zwischenzeiten, die immer länger wurden, „beginnen" . . . „gewinnen" . . . „zerrinnen" . . . und schlief darüber ein.

Am nächsten Vormittag brachte Henry seine Gedichte auf eine Redaktion, er ließ sich vom Redakteur durch Boten die Zusicherung geben, daß er bald Bescheid, per Adresse Herrn Haarkünstler Pfaff, erhalten würde.

Am Mittag, als sie die Wirtschaft am Halleschen Tor verlassen wollten, wo sie ihre Mahlzeit (Würstchen) eingenommen hatten, sagte Emil: „Ich habe noch einen furchtbaren Hunger."

„Ich auch," sagte Henry, „laß uns noch etwas essen."

„Geht nicht," teilte Emil mit, „der Bestand ist auf einundvierzig . . ."

„Pfennige," murmelte Henry dumpf, „aber wart, morgen ist alles gut, ich krieg bestimmt bis morgen mehrere Gedichte fertig."

„Nun verstehe ich meine Mutter erst ganz," sagte Emil versonnen, „sie hat mich immer gewarnt: ‚Komm du nur erst in die Fremde! Du mit deinem Dreimenschenhunger!'"

„Wir wollen es einmal bei Frau Pfaff versuchen", sagte Henry, und sie gingen beide in den Friseurladen hinein. Meister Pfaff war im Schaum beschäftigt, er hatte sich sogar einen Gehilfen in den Laden genommen — es war ein Sonnabend, die Uhr ging auf drei.

„Komm mit," ordnete Henry an, „zweien kann sie nicht so leicht widerstehen als einem."

(Schluß folgt.)

Nathan Gurdus:

Das Paradies der Touristen

Wenn der Leser den Titel „Das Paradies der Touristen" lesen wird, dann denkt er bestimmt an alle möglichen Länder, nur nicht an das, welches ich meine . . . Denn dieses „Paradies" ist sonst nur als „Land der Not" bekannt. Es ist auch ein Land der Not für die Millionen seiner Einwohner. Für die Touristen soll es jetzt ein Paradies werden, denn Touristen haben Geld, ausländisches Geld — Valuta! „Her mit der Valuta!" Das ist jetzt die oberste Losung der Sowjets. Valuta bedeutet die Handelsbeziehungen zum Auslande und ohne die gibt es, trotz größter Worte auf Kongressen der Sowjets, keinen Fünfjahresplan!

Sowjetblätter verwandeln sich aus Zeitungen der Weltrevolution in Blätter für den freundlichsten Fremdenverkehr und schlagen Töne an wie die Portiers der exklusiven Hotels gegenüber reichen Gästen, wenn eine amerikanische oder englische Reisegesellschaft in Moskau eintrifft. Die Valuta in den dicken Brieftaschen der USA.-Millionäre läßt jeden Sowjetbeamten bis in die geheimsten Kabinetts des Kremls jedes soziale Gefühl vergessen . . . Selbst die gestrenge GPU. verwandelt sich in ein Reisebüro für amerikanische Geldbonzen, wenn es nötig ist . . . Wenn es nötig ist, von einem dieser Herren aus USA. ein Kredit zu bekommen, dann wird der letzte Bettler in Moskau eingesperrt, tausende der Heimlosen werden gefangen (o ja, die GPU. arbeitet gut und schnell) und die Straßen sind frei von der Armut! Der Geldgeber muß und darf nur das Gute sehen. Wehe dem Russen, der gegenüber einem Ausländer klagt. Es ist wie in einem strengen Erziehungshaus, aber keiner klagt der „Kontrolle", jeder fürchtet den Lehrer, und die GPU. ist der strengste „Lehrer" im strengsten Erziehungsheim. Auf der schönsten Prachtstraße New Yorks, zwischen einem Juwelier der oberen Fünftausend und einem Pelzgeschäft, in dem Madame Morgan ihren täglichen Bedarf deckt, leuchtet eine Reklame abends im Scheinwerferlicht:

„Fahren Sie nach Rußland! Sehen Sie das Land der Bolschewiken."

So wirbt das Reisebüro der Sowjets um die goldschweren Herren von USA. Kein Wort vom Sozialismus steht im Prospekt des Sowjetreisebüros in USA. Kein Wort von der proletarischen Revolution. Die Sowjets passen sich ihren kapitalistischen Kunden und Geschäftspartnern an. „Es gibt keine Kompromisse in unserer Weltanschauung", so heißt es zwar in Reden, aber in Reden, die für Rußland sind. Für Amerika heißt es in Prospekten: „Kommen Sie nach Moskau und Leningrad. Sie werden die innersten Wohnräume der letzten Zaren sehen . . . Die Brillanten der Romanows . . . Die Zimmer Rasputins." O ja, man kennt die Interessen der Millionäre und man paßt sich an . . . Kompromisse gibt es nicht, bis auf die Valuta . . . hier hört alles auf!

*

Moskau bereitet sich zum Mai vor. Der Mai ist zwar dem proletarischem Feiertag gewidmet, aber was viel wichtiger ist: Im Mai kommt der Touristenstrom aus Amerika. Nachdem die Herren der Banken und Fabriken in ihrem Lande noch einige Hunderttausende mehr vor die Tür gesetzt haben, fahren sie in das Land der Sowjets. Sie fahren aus Neugier und auch zur Erholung. Erholung in der Sowjetunion? Jawohl, das gibt's, wenn man nur Kapitalist ist. Aus Moskau hört man jetzt, wie sich die Sowjets auf die Touristen aus dem Goldlande vorbereiten.

Schon auf der Grenze werden für die glücklichen Ausländer Luxuszüge, die besonders aus Amerika bezogen wurden, warten. Speisewagen nach amerikanischem Muster und mit der reichsten amerikanischen Speisekarte werden nicht fehlen. Bahnhöfe, die die Millionäre berühren, werden vorher von „Eingeborenen" geräumt! Auf schnellsten und besten Wegen treffen die Herren in Moskau ein.

Ein Arbeiter schreibt in einer Sowjetzeitung:

„Ich habe auf dem Bahnhof in Minsk 48 Stunden mit Frau und Kind im Schneesturm auf meinen Zug gewartet . . . 40 Stunden Verspätung . . . Kein Warteraum!"

Also da wären die USA.-Könige in Moskau. „Ein Luxushotel erwartet Sie!" steht im Prospekt. Privatautos. Diener. Jazzband und Zigeunerkabarett. Beste Weine. Speisekarte: Eine Folge von zwölf Gängen. Angefangen mit Kaviar und beendet mit Pfirsich Melba . . . dazu französischer Sekt. Sowjetbeamte begrüßen die Millionäre . . . „Wir hoffen, Ihnen alles bieten zu können . . . Unser Land ist reich! Ich trinke mein Glas auf die guten Beziehungen unserer Länder!"

So sprachen sie voriges Jahr schon.

Lokalbericht der „Pravda" vom selben Tag:

„Fleischrationen werden für acht Tage gesperrt! Die Fische sollen auch nicht ganz frisch sein. Beim Anstehen nach Kartoffeln wurden eine Anzahl Frauen ohnmächtig!"

Empfang für die Amerikaner im Kreml. „Der Frack ist die Uniform der Kapitalisten", sagt das offizielle Moskau und zieht mit Wonne diese Uniform beim Kremlempfang für die Dollarkönige an.

Es war so vor einem Jahr, es wird in noch stärkerem Maße heute so sein, denn dieses Jahr kommen besonders reiche, also besonders wichtige Gäste aus USA.

Und so ist man bemüht, in der Sowjetunion dieses Mal etwas Besonderes zu bieten. Das Sport- und snobistische Gefühl der Gentlemen muß sogar herhalten. Die Reisegesellschaft der Sowjetunion nimmt selbst Eisbrecher in ihre Dienste und erklärt: „Bequem und schön reisen Sie nach dem Franz-Josef-Land . . . Jagden auf Eisbären und Walrosse!"

Es fehlt an Mitteln für Krankenhäuser und Kinderheime. Schwer lungenkranke Arbeiter können nicht nach Erholungsheimen gesandt werden. Das Regime der Sparsamkeit beherrscht die Sowjetunion und fordert viele Opfer. Für den Aufbau eines Luxushotels ist aber immer genug Geld da. Es fehlt nie an Mitteln, um Millionären große Empfänge zu veranstalten . . . Hier fehlt es nie, denn es ist ja eine Kapitalsanlage. Und was ist schon ein lungenkranker Arbeiter wert?!

Ein Ausländer, der durch Rußland reiste, aber ohne Empfänge durch den Kreml, denn er ist arm, also unwichtig, und solche Touristen werden nicht sonderlich beachtet, fragte mich einmal: „Warum hat mich jeder Russe mit einem solchen furchtbaren Haß angeblickt, wenn kein GPU.-Beamter in der Nähe war?!" Diesen neuen Ausländerhaß der sonst so gastfreundlichen Russen haben viele beachtet. Es ist der einzige entschuldbare Haß, denn der Hungrige blickt immer ohne Liebe auf den Satten. Die Sowjets scheinen auch etwas zu merken, denn jetzt ist jeder Zutritt zu den Hotels oder Restaurants der Ausländer Russen verboten . . . Ein amerikanischer Kollege fragte einen aus Rußland gekommenen Präsidenten eines Riesenkonzerns: „Also, Mr. H., wie fanden Sie die Sowjetunion?" „Well, sehr gut, sehr gut . . . feine Stadt Moskau . . . die Leute gar nicht so revolutionär . . . kein Hunger im Land, usw. . . ."

Jetzt fahren wieder 56 amerikanische Millionäre nach der Sowjetunion. Moskau ist schon gerüstet. Speisekarten werden gemacht. Sekt aufgefahren. Heimatlose Kinder für vierzehn Tage eingesperrt, denn 56 Leute mit großen Konten wollen die Sowjetunion sehen . . .

Das Paradies der Touristen ist offen und ein Paradies für jeden, der zahlen kann, zahlen in Valuta!

Einzug der Kinder Israel

Ein zeitgenössisches Dokument über den Einzug der Kinder Israel in das gelobte Land Palästina nach ihrer vierzigjährigen Wanderung durch die Wüste ist bei den neuesten Grabungen in Tel el Amarna gefunden worden. Wie der englische Archäologe Sir Charles Marston mitteilt, handelt es sich dabei um dringende Briefe auf Tontäfelchen, in denen die Gouverneure der Städte von Palästina ihren Herrn, den Pharao von Aegypten, anflehten, Soldaten und Kriegswagen zu senden, um das Land gegen das Eindringen kriegerischer Scharen zu schützen.

„Diese eindringenden Feinde werden in den Tontäfelchen Habiru genannt, sagt Marston, „und die Nähe der Zeit, in der die Briefe geschrieben wurden, zu dem Datum, das Prof. Garstang für die Zerstörung Jerichos durch Josua festgestellt hat, macht es uns eigentlich unmöglich, dabei an andere Völker zu denken als die Israeliten. Bei den Grabungen in Babylonien sind zahlreiche Täfelchen gefunden worden, auf denen der Name Habiru erscheint. Prof. Stephen Langdon hat diese Habiru endgültig mit den Hebräern identifiziert. Aber es darf nicht vergessen werden, daß es auch noch andere hebräische Stämme gab als die Israeliten, und die neugefundenen Täfelchen könnten sich auch auf diese beziehen. Die Zerstörung von Jerichow läßt sich mit ziemlicher Genauigkeit in das Jahr 1407 v. Chr. verlegen. Dieses Datum ist deshalb so wichtig, weil wir wissen, daß der Pharao, unter dem der Auszug der Kinder Israel aus Aegypten stattfand, Amenophis II. war, der im Jahre 1447 den Thron bestieg. Unter der Regierung seines Nachfolgers, Amenophis III., die 1413 v. Chr. begann, erfolgte der siegreich Einmarsch Israels nach Palästina. Sein Nachfolger war der Ketzerkönig Echnaton, der seit 1377 v. Chr. herrschte. Da die Täfelchen in der von ihm geschaffenen neuen Hauptstadt gefunden wurden, so möchte man annehmen, daß die Schreiben der Gouverneure an Echnaton gerichtet waren. Das würde eine Verschiebung des Einzugs um etwa 30 Jahre bedeuten.

Diese Frage könnte nur gelöst werden, wenn man zu Jericho bei den dort weiter fortschreitenden Ausgrabungen ein Tontäfelchen fände, das die Antwort des Pharao auf das Drängen seiner Beamten enthält."

Autoverfolgung mit Farbbomben. Die Londoner Polizei erprobt zur Zeit ein neues Mittel, um flüchtende Automobilisten und Motorradfahrer leichter verfolgen zu können. Man hat Handgranaten hergestellt, die etwa die Größe eines Tennisballs besitzen. Sie sind aus dünnem Blech gefertigt und mit einer klebrigen schnell haftenden und ebenso schnell trocknenden leuchtenden Flüssigkeit gefüllt. Versucht nun ein Automobil sich der Verfolgung und der Feststellung durch die Flucht zu entziehen, so werfen die Polizisten diese Granaten nach dem Auto. Wird das Automobil getroffen, so entleert sich der Inhalt der Granate über dem Wagen und die stark riechende, grellfarbige Flüssigkeit überzieht Teile des Wagens. Da sie schnell haftet und trocknet, kann sie auch von den Insassen nicht beseitigt werden. Die Passanten müssen also ebenso wie die Polizisten auf das Auto aufmerksam werden, das dann schnell festgestellt werden kann.

Die Arbeiterbank in Wien.

Auch sie hat sich im Katastrophenjahr 1931 glänzend geschlagen.

Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands konnte vor einigen Wochen mit Stolz feststellen, daß die deutsche Arbeiterbank in Berlin im Katastrophenjahr 1931 mustergültig gearbeitet und das Vertrauen in das gemeinwirtschaftliche Bankwesen gestärkt hat. Jetzt liegt der Jahresbericht der Arbeiterbank A.-G. in Wien vor, die den österreichischen Konsumvereinen und freien Gewerkschaften gehört. Auch die Wiener Arbeiterbank hat nicht nur das Vertrauen der Einleger gerechtfertigt, sondern auch die Ueberlegenheit gemeinwirtschaftlicher Bankenführung von neuem bewiesen. Dazu einige Zahlen:

Die Bankeinlagen sind nur geringfügig zurückgegangen, und zwar von 59,1 auf 56,2 Millionen Schilling (1 Schilling = 60 Reichspfennig). Zu berücksichtigen ist dabei freilich, daß der größte Teil der Einlagen weniger Gewerkschafts- als Konsumgenossenschaftsgelder sind. Die eigentlichen Spareinlagen haben sich sogar von 7,4 auf 9 Millionen Mark erhöht. In der Anlage der Gelder ist eine Verbesserung der Liquidität zu verzeichnen. Die Summe der Darlehen (meist an Genossenschaften, Gemeinden und gemeinnützige Unternehmungen) hat sich von 46,9 auf 45,0 Millionen Schilling verringert, die bei den Banken gehaltenen Guthaben aber wurden von 10,3 auf 13,3 Millionen Mark vermehrt nach einem gleichzeitigen Abbau der Wechselbestände von 7,5 auf 4,2 Millionen.

Die Bruttoeinnahmen sind von 2,12 auf 2,28 Millionen gestiegen, der ausgewiesene Reingewinn hat sich um 166 000 auf 892 000 Schilling vermehrt. Auf das Aktienkapital von 4 Millionen Mark wird eine Dividende von 12 Proz. verteilt (die Berliner Arbeiterbank hat mit ihrer Dividende bekanntlich die inneren und ordentlichen Reserven gestärkt), die Reserven der Wiener Arbeiterbank wurden auf 4,14 Millionen, das ist mehr als das Aktienkapital, erhöht. Für allgemeine Bildungs- und Fürsorgezwecke wurden aus dem Gewinn außerdem wieder 50 000 Schilling verwendet.

Mit Genugtuung kann auch die österreichische Arbeiterbewegung folgende zusammenfassende Bemerkung aus dem Geschäftsbericht zur Kenntnis nehmen: „Wir dürfen zusammenfassend feststellen, daß die Arbeiterbank im Jahre 1931 ihre aufsteigende Entwicklung ungeschwächt fortgesetzt hat. Trotz einem verhältnismäßig geringen Rückgang seiner Einlagen war unser Institut in der Lage, ein Ergebnis zu erzielen, das geeignet ist, nicht nur eine entsprechende Dividende an unsere Aktionäre — durchweg Institutionen der österreichischen Arbeiterbewegung — auszuschütten, sondern auch unsere Reserven wesentlich zu stärken. Das ist wohl das beste Zeichen für die wirtschaftliche Basis, auf der die Bank ruht, wie für die Kraft, die in den Organisationen liegt, die wir finanziell beraten und betreuen."

Entlastung der Reichsbank.

Keine neuen Devisenabgaben.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. März brachte die dritte Märzwoche eine weitere kräftige Kreditentlastung der Reichsbank. Die Wechselbestände gingen um 65,8 auf 3198,6 die Bestände an Reichsschatzwechseln um 17,8 auf 20,8, die Lombarddarlehen um 65,3 auf 134,9 Millionen Mark zurück. Der Notenumlauf verringerte sich um 107,3 auf 4005,9, der an Rentenbankscheinen um 3,5 auf 404,5 Millionen Mark. Die Gold- und Devisenbestände haben sich etwas vermehrt; die Goldbestände um 0,2 auf 877,1, die Devisenbestände um 0,5 auf 142,2 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen hat sich gegen die Vorwoche von 24,8 auf 25,4 Proz. verbessert.

Die Reichsbankbilanz vom 23. März zeigt zwei wichtige Veränderungen. Der Posten „Eigene Effekten" ist um 200,0 auf 361,8 Millionen Mark erhöht. Das entspricht dem Zugang der Golddiskontbankaktien, die die Reichsbank aus der Kapitalerhöhung der Golddiskontbank übernommen hat. Die fremden Gelder auf Girokonto zeigen mit 491,5 Millionen eine Vermehrung um 147,0 Millionen. Auf diesem Konto hat die Reichsbank der Golddiskontbank den Gegenwert der übernommenen Aktien gutgeschrieben, dieser Gegenwert beträgt 200 Millionen Mark, so daß der um 53 Millionen geringere Zugang auf Abhebungen der Bankkundschaft auf dem zinsfreien Girokonto schließen läßt.

Verkürzte Devisenzuteilung.

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß im Monat April den Importeuren **nur 55 Prozent** der ihnen genehmigten Devisensummen zugeteilt werden dürfen. Das Prozentverhältnis bezieht sich auf die jeweils im Vorjahre genehmigten Beträge. Im März wurden noch 65 Proz., von Dezember bis Februar 75 Proz. der jeweiligen Vorjahrsbeträge zugeteilt. Die Devisenverknappung kommt in diesen Kürzungen zum Ausdruck; es ist aber auch zu beachten, daß die Importmengen selbst gegenüber dem Vorjahr sehr beträchtlich zurückgegangen sind.

Senkung der Atlantik-Frachten. Von der gegenwärtig in Brüssel tagenden Schiffahrtskonferenz erwartet man, daß die Nordatlantik-Passagen für alle beteiligten Linien um 20 Proz. verbilligt werden.

Ein Vergleich.

Private Lebensversicherung und Volksfürsorge.

Von dem Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften liegen die ersten Zahlen über den Versicherungsbestand am Schluß des Jahres 1931 vor. Die im Verband zusammengeschlossenen 50 Gesellschaften hatten insgesamt in der großen Lebensversicherung 2 200 245 Policen mit 11,052 Milliarden Mark Versicherungssumme und in der kleinen Lebensversicherung (Volksversicherung) 6 240 522 Versicherungsscheine mit 2,60 Milliarden Mark Versicherungssumme abgeschlossen, wozu noch 3 158 867 aufgewertete Versicherungen mit 0,57 Milliarden Mark Versicherungssumme kommen. Die Gesamtprämieneinnahme des Jahres 1931 beläuft sich auf 663 576 305 M.

Die wirtschaftliche Bedeutung der privaten Lebensversicherung insbesondere für den Kapital- und Geldmarkt lassen diese Zahlen klar erkennen. Volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wertvoll wäre es, wenn ein beachtlicher Teil dieser Kapitalien dem Kleinwohnungsbau zugeleitet werden könnte, weil der Bauwirtschaft, wie wir schon oft betonten, die Rolle zufällt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, um den gegenwärtigen Krisenzustand zu überwinden.

Interessant ist es nun, die Geschäftszahlen der im Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften zusammengeschlossenen Versicherungsunternehmungen mit den Zahlen der „Volksfürsorge" (die dem Verband nicht angehört) zu vergleichen. Als Vergleichsziffern können natürlich nur die bei den privaten Gesellschaften abgeschlossenen kleinen Lebensversicherungen dienen. Bei der „Volksfürsorge" waren Ende des Jahres 1931 rund 2 265 000 Versicherungen mit 850 Millionen Mark Versicherungssumme in Kraft, das sind nach der Zahl der Policen und der Höhe der Gesamtversicherungssumme mehr als ein Drittel aller 50 Lebensversicherungsgesellschaften zusammen.

Aus dieser ziffernmäßigen Gegenüberstellung ist schon ersichtlich, welche Größe unser gewerkschaftlich-genossenschaftliches Versicherungsunternehmen in den letzten Jahren erlangt hat. Hinsichtlich der Kapitalanlagepolitik kommt die „Volksfürsorge" schon seit Jahren dem Wunsche der Bauwirtschaft entgegen und gibt den größten Teil ihres angesammelten Vermögens (am 1. März 1932 86,7 Prozent) den gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und den Gemeinden als Hypotheken für den Kleinwohnungsbau.

Welt-Röhrenkartell verlängert.

Das Internationale Röhrenkartell, das vor einigen Jahren durch den Beitritt der englischen, amerikanischen und kanadischen Werke zu einem Weltkartell ausgebaut wurde, ist jetzt auf drei Jahre verlängert worden. Ein Kündigungsmöglichkeit besteht vom 1. April 1933 an. — In den Verhandlungen wurde zur Frage der Fakturierung beschlossen, für den größten Teil der Absatzgebiete die Rechnungen in Goldpfunden auszustellen und nur für eine verhältnismäßig geringe Zahl von Ländern, die hauptsächlich Absatzdomänen der englischen Werke sind, die Fakturierung in Papierpfunden aufrechtzuerhalten.

Die Reform des Patentgesetzes.

Die unsoziale Haltung des Reichsrats.

Vor fünf Jahren wurde dem einstweiligen Reichswirtschaftsrat von der Reichsregierung der Entwurf zu einer Patentgesetzreform zur Begutachtung vorgelegt. Der „Vorwärts" hat am 17. April 1930 über das Gutachten berichtet und die stärkere Betonung der Fürsorge des Reiches für den Erfinder als Fortschritt gegenüber dem Regierungsentwurf hervorgehoben. Der Reichsrat hat kürzlich den von ihm beschlossenen Patentgesetzentwurf dem Reichstag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt.

Leider hat der Reichsrat insofern der unbegüterten Erfinderwelt eine Enttäuschung bereitet, als fast alle vom Reichswirtschaftsrat beschlossenen Verbesserungen prompt wieder gestrichen worden sind. Die unbegüterten Erfinder werden daher, wenn der Reichstag dem Reichsrat folgen wird statt dem Reichswirtschaftsrat, in der ihnen seit Einführung des Patentschutzes in Deutschland auferlegten Aschenbrödelrolle verbleiben.

Gestrichen wurde zunächst die reichswirtschaftsrätliche Ermäßigung der Patentgebühren von 7120 auf 1045 Mark (verteilt auf 18 Jahre). Bedürftigen kann die Gebühr für die ersten vier Jahre gestundet werden. Bei Nichtzahlung auch der fünften Jahresgebühr erlischt das Patent und die gestundeten vier Jahresgebühren sind erlassen. Tritt die leicht denkbare Möglichkeit ein, daß das Patent erst im fünften Jahre (also nach seiner Löschung) seinen Wert offenbart, so geht der Unbegüterte dennoch leer aus, der Begüterte hält durch Zahlung der Jahresgebühr das Patent aufrecht und sichert sich dadurch den Gewinn. Wiedereingesetzt wurde vom Reichsrat die vom Reichswirtschaftsrat gestrichene, als „Präklusivfrist" bekannte Vorschrift, durch die ein im Irrtum vom Patentamt erteiltes Patent unvernichtbar sein soll, sobald es das fünfte Jahr überstanden hat. Selbst wenn dem Patentamt oder der Fachwelt die Rechtswidrigkeit dieser Patenterteilung bekannt wird, soll sie doch nicht mehr widerrufen werden können. Senatspräsident am Reichsgericht Bolze hat in Uebereinstimmung mit vielen Vertretern der Erfinderwelt die Wirkung dieser „Präklusivfrist" als legalisierten Raub gegeißelt. Der Reichsrat will ihn fernerhin billigen, keineswegs den Unbegüterten zuliebe, denn deren Patente verfallen schon vor Zurücklegung des fünften Lebensjahres unter der Jahresgebührenlast, und es müssen schon einigermaßen Begüterte sein, die ihre Patente nach deren Erteilung noch fünf Jahre lang aufrechterhalten, sie also der Unvernichtbarkeit zuführen.

Die unsoziale Bahn, die der Reichsrat mit der Streichung der Patentgebührenermäßigung und mit der Verteidigung der Präklusivfrist beschritten hat, wird auch mit seinen neuen Vorschlägen bewiesen, wonach Lehrbücher oder sonstige öffentliche Druckschriften bei der amtlichen Prüfung auf Neuheit einer Erfindung unbeachtet bleiben sollen, wenn sie älter als 50 Jahre sind. Bis jetzt galten nur Bücher usw. im Alter von mehr als 100 Jahren als unbeachtlich. Keine der Erfindungen, die in Druckschriften aus den letzten 100 Jahren bereits beschrieben sind, darf somit zur Zeit in Deutschland noch einmal patentiert werden. Der Reichsratsvorschlag will dagegen die Neupatentierung einer Erfindung ermöglichen, die vor 50 Jahren schon einmal in einer deutschen oder ausländischen Patentschrift oder sonstigen Druckschrift offenbart worden ist. Befriedigung erweckt der Reichsratsentwurf nur insofern, als er mit dem Reichswirtschaftsrat dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger den Anspruch auf Erteilung des Patentes zugesteht, und daß das Patent nicht mit dem Tage der Anmeldung, sondern demjenigen der Veröffentlichung der Erfindung seine 18jährige Dauer beginnt. G. N.

Die Braunkohlenprofite.

Ignaz Petscheks größtes Konzernwerk verdient glänzend.

Der neueste Abschluß aus dem ostelbischen Braunkohlenrevier, die Bilanz der Niederlausitzer Kohlenwerke A.-G., schlägt alle bisherigen Gewinnrekorde des Braunkohlenkapitals. Kohlenförderung und Brikettherzeugung sind ziemlich erheblich gesunken, aber dessen ungeachtet ist der Betriebsüberschuß für 1931 von 10,8 auf mehr als 11 Millionen gestiegen. Da vor der Feststellung dieses Betriebsüberschusses die Kosten für Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter bereits vorweg abgerechnet wurden, zeigt sich in diesem Ergebnis ganz klar, daß die Großkonzerne im Braunkohlenbergbau aus der immer schärfer auseinanderklaffenden Schere zwischen steigender Leistung und sinkenden Löhnen immense Rationalisierungsgewinne scheffeln. Hinzu kommen noch die beträchtlichen zusätzlichen Gewinne, die dem Braunkohlenkapital aus dem Preismonopol erwachsen, die auch durch die Preissenkungsbestimmungen der letzten Notverordnung um nichts verknappt wurden.

Die Niederlausitzer Braunkohlenwerke A.-G. weist für 1931 einen Reingewinn von 2,70 Millionen Mark auf, von dem wieder die seit Jahren stabilisierte Dividende von 10 Prozent gezahlt wird. Wie bei der Grube „Eintracht" werden also auch den anderen Aktionären von Petschek-Betrieben Dividenden gezahlt, die einer Hochkonjunktur würdig sind. Der tatsächliche Ertrag des Unternehmens kommt aber in diesem Gewinnausweis auch nicht annähernd zum Ausdruck. Obwohl die Ausgaben für Neuanlagen von 5 auf 3,1 Millionen Mark im letzten Jahr verringert wurden, hat die Verwaltung die Abschreibungen zu gleicher Zeit von 4,8 auf über 5 Millionen Mark heraufgesetzt. Mit derartigen Profiten kann nicht einmal die „Ilse" Schritt halten.

Wieder das ostelbische Braunkohlensyndikat.

Die Preispolitik des ostelbischen Braunkohlensyndikats gibt immer wieder zur Kritik Veranlassung. Das rheinische Syndikat hat z. B. die Preise für Hausbrandbriketts ab 1. April — es handelt sich hier um den sogenannten Sommerrabatt — um 10 Pfennig pro Zentner ermäßigt. Auch beim mitteldeutschen Syndikat ist im Landabsatz eine Ermäßigung von 9 Pf. ab Mitte März in Kraft getreten. Der Bahnabsatz wird vom 1. April ab entsprechend ermäßigt. Nur im ostelbischen Braunkohlensyndikat hat man Zeit. Hier will man die Verbilligung des Sommerrabattes den Verbrauchern erst am 1. Mai zugute kommen lassen. Im übrigen wird auf die teuren Packgebühren im ostelbischen Braunkohlensyndikat hingewiesen, die 8 M. pro 10 Tonnen ausmachen. Einschließlich der sozialen Lasten belaufen sich aber die Kosten nur auf rund 2,75 M., wie uns von unterrichteter Stelle versichert wird.

Es ist an der Zeit, daß sich der Preiskommissar endlich mit diesen Dingen gründlicher beschäftigt. Der Preiskommissar scheint in dieser Angelegenheit schlecht beraten zu sein.

Scharfer Rückgang der Autoindustrie.

Im Jahre 1931 nur noch drei Millionen Wagen gebaut.

Die Weltproduktion an Automobilen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Während 1929 noch 6,2 Millionen Wagen hergestellt wurden, und diese Zahl bereits im folgenden Jahr auf 4 Millionen Wagen sank, schrumpfte die Weltproduktion im Jahre 1931 bis auf knapp 3 Millionen Wagen zusammen. Noch schärfer als die mengenmäßige Schrumpfung ist der Produktionswert gesunken, der von 15,6 bis auf 6,6 Milliarden Mark zurückging. Im Durchschnitt ist also der Wertverlust um 12 Prozent höher als der mengenmäßige Produktionsrückgang. In Deutschland ist in der genannten Zeit der Produktionswert sogar um 40 Prozent stärker gesunken als die Stückzahl, ein Beweis, daß der rapide Kaufkraftschwund das Schwergewicht der Fabrikation stark zu den kleinen und billigen Typen verlagert hat. In den Vereinigten Staaten ist der Anteil der Wagen mit einem Verkaufspreis bis zu 1000 Dollar im letzten Jahr auf 85,5 Prozent des Gesamtabsatzes gestiegen gegen nur 64,8 Prozent im Jahre 1927.

Rentable Maschinenfabriken.

Schieß-Defries 7 Proz., Demag 5 Proz. Dividende.

Die beiden wichtigsten Maschinenbau-Unternehmungen des rheinisch-westfälischen Stahltrusts, die Schieß-Defries A.-G. in Düsseldorf und die Deutsche Maschinenbau A.-G. (Demag) in Duisburg, können auch für 1931 wieder fast unverändert hohe Gewinne ausweisen.

Die Schieß-Defries A.-G. erzielte sogar einen Rohgewinn, der mit 2,94 Millionen Mark die Ergebnisse des vorhergehenden Jahres noch übertrifft, während die Unkosten um annähernd 9 Proz. abgebaut werden konnten. Aus einem nur unwesentlich veränderten Reingewinn von 600 000 M. wird die gleich hohe Dividende wie 1930 in Höhe von 7 Proz. ausgeschüttet. Die Fabrikation, die im wesentlichen aus Werkzeugmaschinen besteht, fand in den Auslandaufträgen eine starke Stütze. In den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres ist jedoch der Auftragseingang um 40 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gesunken.

Für die starke Unkosteneinsparung und Mehrleistung der Belegschaft spricht es, daß die Demag bei einem Umsatzrückgang von 25 Proz. und einer Senkung des Rohgewinnes von 18,3 auf 11,8 Millionen Mark einen unverändert hohen Reingewinn von über 2 Millionen Mark erzielen konnte. Auch dieses Unternehmen zahlt seine Vorjahrsdividende von 5 Proz. wieder aus. Dieses gute Ergebnis war im wesentlichen nur durch den Export möglich, denn die Bestellungen des Inlandes verringerten sich im Berichtsjahr um 45 Proz. und betrugen nur noch ein Drittel der im Jahre 1929 eingelaufenen Inlandsaufträge.

Auch bei diesem Werk ist im laufenden Jahr der Neueingang von Aufträgen ganz erheblich, um 47 Proz., geschrumpft, und zur Anpassung der verringerten Fabrikation wurde von den vier Betrieben das Werk Mülheim bis auf weiteres stillgelegt.

Der Absatzrückgang in der Schwachstromindustrie. Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie in Berlin weist, wie im vergangenen Jahr, auch für das Geschäftsjahr 1930/31 wieder einen kleinen Reingewinn in Höhe von rund 50 000 gegen 43 000 Mark aus. Bemerkenswert ist die sehr starke Senkung der Unkosten um mehr als 23 Proz. auf 1,98 Mill., demgegenüber der Rohgewinn mit 2,02 Mill. Mark nur um 18 Proz. gesunken ist. In der Bilanz fällt in erster Linie die starke Schuldenrückzahlung bei gleichzeitigem umfangreichem Abbau der Vorräte auf. Die Bankschulden wurden von 2,37 bis auf 0,83 Millionen zurückgezahlt. Andererseits senkten sich die Forderungen von 2,48 auf 1,50 Millionen, während Bankguthaben mit 1,24 Mill. Mark sich fast verdreifacht haben. Die Vorräte werden mit 2,5 gegen 4,15 Mill. Mark ausgewiesen. — Nach dem Geschäftsbericht ging der Gesamtumsatz mengenmäßig um etwa 20 Proz. und wertmäßig um etwa 33 Proz. zurück. Besonders stark gedrückt waren die Preise im privaten Telephongeschäft.

Kochen mit Aetherwellen. Man nehme . . . den Kopfhörer — oder schalte den Lautsprecher ein . . . und das Radio wird kochen helfen! Nicht nur wie bisher wird die fortschrittliche Hausfrau die Marktpreise vom Rundfunk erfahren, sondern sie wird die praktischen Winke von „Sanne und Ella" sofort in ihrer eigenen Küche verwenden können. Sie wird sich davon überzeugen, daß Sanella-Margarine die Garantie dafür gibt, daß jedes Gericht schmackhaft und nahrhaft auf den Tisch kommt.

Den Kindern sollte man stets Panflavin-Pastillen mitgeben, vor allem auf dem Schulweg; denn die zarten Schleimhäute des Kindes sind doppelt empfänglich für Krankheitskeime. Panflavin desinfiziert wirksam und bietet dadurch sicheren Schutz vor Erkältungen der Luftwege.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 30. März
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Andromache

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr Egmont

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr Ostern

Winter-Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Dina de Valesco, Wallenda-Truppe. Hakon von Eichwald m. seinen 12 Solisten und weitere Star-Nummern

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 U.
Nur noch 13 Tage!
Hoffmanns Erzählungen
Reinhardt-Inszenierung
Am 3. April: Letzte Sonntag-nachmittag-Vorstellung 3 Uhr
Billige Preise der Plätze!

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
Letzte 2 Tage!
VERA SCHWARZ
KITCHEN PIRATES
MARIANNE WINKELSTERN
Mauriös, R. Heyen usw.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, 30. März
Turnus IV
19.30 Uhr
Aida
Nemeth, Ameling, Kahlenberg, Andresen, Reinmar
Ende gegen 23 Uhr

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8½, Sign. 2, 5, 8¼ U.
Tel.: E 7 Weichsel 4021
„Wie einst im Mai"

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Androklus und der Löwe
mit Felix Bressart und Otto Wallburg

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Ostern

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie Max Reinhardt

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Circus Busch

Ab 4. April täglich 8¼ Uhr
Variete-Programm
und internationale Ringkämpfe um den Wanderpreis von Berlin
unter Aufsicht des J. P. V.
täglich 4—6 Kämpfe
Preise 0,30—3.

Frau Anna Rüttel
blickt am Freitag, dem 1. April, auf ein 30jähriges Jubiläum als Hauswart im Hause Paul-Singer-Straße 7 zurück.

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Unwiderruflich nur bis 31. März
Der Mann mit den zwei Frauen
u. das große bunte Programm
Am 1. April zum 1. Male
PEPPINA
Operette in 3 Akten. Musik v. R. Stolz.
Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf., Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim
Max Hansen
Orchester Gajos Bela

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
Die Dubarry
mit
Mary Losseff

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Käthe Dorsch
Gustaf Gründgens
in
Liselott'
Singspiel v. Eduard Künneke

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Das Ende vom Lied
mit Fritz Kortner

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Curt Götz in
Zirkus Aimee
Operette von Curt Götz, Musik von Benatzky

Theater a. Nollendorfplatz
Pallas 7051
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag 4¼ Uhr
Traum einer Nacht
Operette in 3 Akten v. Lad. Wolff u. Karl Behr
Musik von Hans May
Regie: Heinz Saltenburg
Rundfunkhörer halbe Preise.
Sonntags 4¼ Uhr kleine Preise

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
6 und 9 Uhr
Jettchen Gebert

Homöopathie
Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, Innere u. Nervenl. Behandl. nur 2 M. Löser Münzstr. 9 10–2, 4–7, Sg. 11

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Friedrich Krapkat
geb. 24. September 1856 am 29. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 31. März, 14 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet
Die Ortsverwaltung.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen der 46. Abteilung meinen herzlichen Dank.
Hedwig Branke
Wassertorstr. 44

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Erwerbslose und Kranke!
Wegen Quartalsschluß bleibt die Arbeitslosen- und die Kranken-Abteilung am 4. und 5. April geschlossen.
Sämtliche Bücher müssen wegen neuer Berechnung bis spätestens Sonnabend, den 2. April, abgegeben sein. Dasselbe gilt auch für die Kollegen, die Kurzarbeiter-Unterstützung beziehen.

Achtung! Achtung!
Graveure und Ziseleure!
Donnerstag, den 31. März, nachm. 5 Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Stalitzer Straße 126
Versammlung der Graveure und Ziseleure
Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenleitung.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Branchenleitung.
4. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben teuren Entschlafenen sagen wir sämtlichen Genossinnen und Genossen herzlichen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
F. Schellhase.

KLEINE ANZEIGEN
Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %.
Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Gemmler u. Bleyberg, Dresdenerstraße 98.

Linoleum Seiffert, Koloniestraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Rosenthal verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, erste Treppe.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Bahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter Stargarderstraße, Schönhauser Allee. Keinladen

Küche, „Tosta", elfenbein Feinlack, Büfett 170 cm, sechsteilig, 280.— M. Moritz Hirschowitz, Stalitzer Straße 25.

Herrenzimmer 250.—, 450.—. Kammerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstraße.

Schülerpult, gut erhalten, verkauft billigst Dohrcht, Elisabethstraße 30, Kupfergraben 1259.

Standuhr, Nußbaum, gebraucht, herrlicher Gongschlag, wegen Platzmangel billig verkäuflich. Brose, Hohenschönhausen, Kolonie Gartenfreunde, Margaretenstraße 9.

Musikinstrumente

Stutzpianos, Mietpianos überaus preiswert Pianofabrik Lint, Brunnenstraße 35

Mietpianos, Kaufgelegenheit, kreuzsaitiges, 290.—. Bahrt, Hauptstr. 1, Schöneberg.

Radio

Austausch Vergeltbios. Radioapparate, Gleichstrom, Wechselstrom, Musikinstrumente, Photoapparate, Gelegenheitskäufe. Reelles Radiomusikhaus, jetzt Landsbergerstr. 22, Nähe Alexanderplatz, Alexander 5575.

Achtung! Tauschen Gleichstrom- gegen Wechselstrom- oder Batterie-Empfänger ein. Gelegenheitskäufe ständig am Lager. Anode 100 Volt 3,95 Mark, für Arbeitslose 3,65 Mark, Gleichstrom-Netzanode 7,50, Lautsprecher 3,75, vierpolige Lautsprecher-Systeme 2,95. Funk-Heppa, Berlin SO. 16, Neanderstr. 22.

Baumarkt

Laubenbau! Billigster Einkauf. Sämtliches Material. Wochenendhäuser werden nach Wunsch fertig geliefert. Baubuden, Zaunpfähle, eiserne Gartentüren, Rüstzeug, Steine, Zement, Kalk. Britz, Chausseestraße 44, F 2 2038.

Unterricht

Abiturium, Einjähriges. Direktor Dr. Fackelmanns Anstalt, Hohenzollerndamm 198.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Alarmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20, Haltestelle Adalbertstraße.

Grundstücksgesuche

Pachtland, Laube, kauft. Schriftliche Angebote Grabe, Glitzerstraße 29.

Vermietungen

Zimmer

Möbliertes Zimmer preiswert zu vermieten. Krone, Berlin-Schöneberg, Tempelhoferstr. 16.

Leerzimmer vermietet billig Martin, Schöneberg, Sedanstraße 33.

Möbliertes Zimmer billig, nahe Gewerkschaftshaus. Salomonn, Franzstraße 7, Quergebäude part.

Badezimmer, billig, elektrisches Licht, vermietet Schockwitz, Togostraße 78.

Mietgesuche

Zweizimmerwohnung, Porzt. gesucht. Preisangebote M. 184 Vorwärts, Hauptexpedition.